

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 123 SONNTAG, 20. Okt. 1935

Aus dem Inhalt:
Abkehr vom Nationalsozialismus
Deutsche Richter und
deutsches Recht
Das Ende der Juden-
emanzipation
Kriegserfahrungen in Reinsdorf

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Völkerbund gegen Faschismus

Die Internationale und die europäische Demokratie

Die Hitlerpropaganda versucht dem Volke einzureden, daß der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und die Isolierung sich zu lohnen anfangen, sie will aus der großen weltpolitischen Krise eine Rechtfertigung ihrer Politik machen. Diese Propaganda zieht Nutzen aus Erwägungen, wie sie im Lager jener angestellt worden sind, die lieber Mussolini freie Hand in Abessinien gelassen hätten, als die große Auseinandersetzung heraufzubeschwören. Aber ist Hitler-Deutschland wirklich der Zuschauer und Nutznießer dieser Krise, dem die Gewinne in den Schoß fallen, ohne daß er die Hand danach ausstrecken muß, handelt es sich wirklich um einen Triumph der nationalsozialistischen Außenpolitik? Solche Auffassung ist so falsch wie die braune Propaganda. Sie übersieht völlig, daß es sich nicht um den Wandel eines Panoramas im diplomatischen Kampf handelt, sondern um eine geistig-politische Bewegung, um ein Erwachen der europäischen Demokratie aus ihrer Trägheit gegenüber dem Faschismus, das nicht nur den einen Mussolini, sondern den Faschismus überhaupt bedroht. Eine zum Kampf entschlossene lebendige Demokratie in Europa ist eine bessere Sicherung gegen den Faschismus als diplomatische Eventualkriegserklärungen für den Ernstfall.

In der Rede, die Sir Samuel Hoare am 11. September im Völkerbundsrat hielt, um ein festes Bekenntnis zur Anwendung des Völkerbundsabkommens abzulegen, führte er aus:

»Die Kraft oder die Schwäche des Völkerbundes wird von der Zahl, der Bedeutung und der Treue der Mitglieder, die ihn zusammensetzen, ebenso abhängen, wie von der Unterstützung, die die Regierungen der Mitgliederstaaten bei ihren eigenen Völkern finden werden. Wenn diese nationale Unterstützung stark sein wird, so wird der Völkerbund stark sein. Wenn sie schwach und zögernd ist, so wird die Politik des Völkerbundes nicht fest und konstant sein können. Kurz, die öffentliche Meinung ist für den Völkerbund ebenso wichtig wie für jede demokratische Regierung.«

Es liegt in diesen Sätzen nicht nur die Anerkennung, daß der Völkerbund ein demokratisches Instrument ist, sondern auch ein Bekenntnis zur Demokratie. Die europäische Demokratie besteht nicht allein aus den Linksparteien oder aus den Parteien, die sich ausdrücklich demokratisch nennen. Sie durchdringt über Parteigrenzen hinaus Völker und Regierungen in vielen Ländern mit ihren Grundanschauungen, gleichgültig, welche parteipolitischen oder staatsrechtlichen Ausprägungen sie gefunden hat, sie ist als Grundanschauung bei den englischen Konservativen mit Ausnahme der reinen Faschisten ebenso lebendig wie bei den Liberalen oder bei Labour. Sie ringt in Frankreich gegen die Kräfte, die den Völkerbund preisgeben wollen um der Freundschaft mit Mussolini willen. Der Kampf um eine Politik der festen Zusammenarbeit Englands und Frankreichs im Völkerbund ist in Frankreich ein Kampf der Demokratie gegen jene militaristischen Machtpolitiker, denen der Völkerbund immer nur Maske für ihre Hegemoniepolitik gewesen ist, und die sich jetzt als treueste Freunde des italienischen Faschismus entpuppen. Der Kampf um die Anwendung wirksamer Sanktionen scheidet die Geister. Die Demokratie ist als Grundanschauung

die große einigende Kraft gegen den Faschismus. Die Verteidigung des Friedens gegen die Gewalt ist ihre gemeinsame Politik. Sie ist das Lebenselement des Völkerbundes.

Es ist wahr, daß sie unfähig und gelähmt lange der faschistischen Friedensbedrohung zugesehen hat. Es war ein unnatürlicher Zustand, daß der Faschist Mussolini als eine der Hauptsäulen einer Politik galt, die auf ein in seinem Wesen demokratisches Ziel gerichtet war. Dieser Zustand ist jetzt beseitigt, und die große weltpolitische Krise duldet keine Trägheit mehr. Sie hat auch der Verworrenheit und der Lähmung in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ein Ende gemacht und hat sie als eine der Kräfte der europäischen Demokratie vor eine große Aufgabe gestellt.

Die Lähmung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale rührte nicht zum wenigsten mit davon her, daß die französischen Sozialisten und die englische Labour Party sich nicht auf der Linie einer gemeinsamen europäischen Politik zusammenfinden konnten. Aber je bedrohlicher sich die Weltlage zugespitzt hat, desto mehr hat sich die Labour Party von ihrer ursprünglichen Haltung des schematischen Pazifismus und der reinen Agitation mit dem Frieden abgekehrt. Die Tatsachen haben sie aus den Höhen der reinen Ethik auf dem Boden der Realpolitik heruntergeholt. Diese Umkehr zur Realpolitik hat es ermöglicht, daß die Internationale sich zu einer festen und einheitlichen Politik zusammenfand, so daß sie ihre Stimme in der großen weltpolitischen Krise erheben konnte.

Auf ihrer Tagung vom 16. bis 18. August in Brüssel — gerade in den Tagen, in denen die Pariser Dreimächtekonferenz zusammenbrach — hat sie ihre Politik der vollständigen Beachtung des Völkerbundsabkommens und der Sanktionen festgelegt. Sie hat sie durch die Entschließung der gemeinsamen Antikriegskonferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 6. September in Genf energisch weiterverfolgt. Diese Entschließung wurde durch eine Delegation dem Präsidenten des Völkerbundsrates überreicht und allen Ratsmitgliedern übermittelt. Die Einheitlichkeit der Politik der Internationale in der großen weltpolitischen Krise ist damit festgestellt. Aber mehr noch: diese sozialistische Politik der unbedingten Treue zur Völkerbundsatzung gibt der Politik

Abkehr vom Nationalsozialismus

Eine vollkommene Entlarvung des braunen Systems

Das braune System hat auch in der Schweiz Anhänger gefunden. Die sogenannte »Nationale Front« übernahm die Ideologie des Nationalsozialismus. Der Gründer der »Nationalen Front«, Dr. Hans von Wil, ging nach Deutschland. Er ist nach zwei Jahren völlig ernüchtert zurückgekehrt. Die Basler Nationalzeitung erhielt von ihm den folgenden Aufruf:

Angesichts der zunehmenden Verschärfung des politischen Kampfes fühle ich mich verpflichtet, der schweizerischen Öffentlichkeit folgende Erklärung abzugeben:

Ein zweijähriger Aufenthalt im nationalsozialistischen Deutschland und zeitweise enger Verkehr mit dortigen Behörden gestatten mir, ein objektives Urteil abzugeben über die praktischen Auswirkungen des Nationalsozialismus (und damit auch eines allfällig verwirklichten Frontismus!) auf das Leben des Einzelnen und der Gesamtheit eines Volkes.

1. Das vom Nationalsozialismus aufgestellte und von seinen ideellen Nachahmern, wozu in der Schweiz besonders die »Nationale Front« zu zählen ist, übernommene Totalitätsprinzip des Staates führt zu einer

Entrechtung der Einzelperson,

wie sie graduell höchstens in asiatischen Despotenstaaten oder in mittelalterlichen absoluten Monarchien denkbar war.

2. Der seinerzeit von vielen als eine verbesserte Art des historischen Sozialismus begrüßte Nationalsozialismus hat sich in seiner Praxis als ein System entpuppt, das vom Sozialismus täuschenderweise bloß den Namen führt. Die dem nationalsozialistischen Regime unterworfenen deutschen Arbeitmenschen stehen heute unter einem geistigen, seelischen und materiellen Druck, der für schweizerische Begriffe einfach unvorstellbar ist. Ich wage dabei nicht zu entscheiden, welche Art der Bedrückung am härtesten auf den Betroffenen lastet! Nationalsozialismus, wie er heute in Deutschland herrscht, bedeutet

für jeden Erwerbstätigen eine gewaltige Verschlechterung seiner Stellung

als Einzelmensch wie als volkswirtschaftliche Gruppe. Von einer rechtlich geschützten Stellung des unselbständig Erwerbenden kann, soweit die Interessen des überall rückwärts die Priorität fordernden Staates denjenigen der Einzelexistenz widerstreiten, im heutigen Deutschland überhaupt nicht mehr

gesprochen werden. An dieser Tatsache ändern auch die augenfälligen sogenannten Sozialmaßnahmen nichts, denn diese erfolgen lediglich im Interesse der Vermehrung und Erhaltung der Staatsallmacht.

3. Das Prinzip »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« wurde in der nationalsozialistischen Praxis

überall ins genaue Gegenteil dessen verkehrt, was das arbeitende Volk davon erwartet hatte.

»Gemeinnutz« wurde restlos dem gleichgestellt, was der oberstehenden nationalsozialistischen Herrschaftsgemeinschaft dient. Der Gesamtertrag der deutschen Arbeit wird in erster Linie als »Gemeinnutz« nach den Bedürfnissen und den nicht geringen Ansprüchen dieser Herrschaftsgemeinschaft verteilt; mit dem kläglichen Rest muß das ganze übrige Sechzigmillionenvolk wirtschaften!

4. Der Kapitalismus und die Zinsknechtschaft haben im Dritten Reich nachgerade Formen angenommen, in denen ein reiner Kapitalistenstaat sein Ideal sehen müßte. Zu den privaten Kapital- und Zinsherren tritt heute in Deutschland ergänzend der Staat und beansprucht prinzipiell eine Art Oberigentum über den ganzen Privatbesitz und das Einkommen. Eine »Brechung der Zinsknechtschaft« wird also von der nationalsozialistischen (und damit von einer allfälligen »frontistischen«) Staatsform nicht zu erwarten sein, sondern das Gegenteil.

5. Seit der nationalsozialistische Staat den von ihm ideell bekämpften jüdischen Großkapitalisten in der rücksichtslosen Verfolgung gesteckter materieller Ziele nach jeder Hinsicht den Rang abgelaufen hat, ist es für einen denkenden Menschen sinnlos geworden, gegen jüdischen Geldimperialismus anzukämpfen. Seit der nationalsozialistische Staat in der angeblichen Bekämpfung einzelner jüdischer Auswüchse dazu übergegangen ist, für jeden Juden prinzipielles Unrecht zu schaffen, also die Grundsätze menschlicher Gerechtigkeit selbst mit den Füßen zu treten, zwingt er sogar denjenigen, dem je von jüdischer Seite schweres Unrecht widerfuhr, sich im Namen der über alles zu stellenden menschlichen Gerechtigkeit mit den Juden solidarisch zu erklären in der restlosen Ab-

kehrung der nationalsozialistischen (und frontistischen) Verfolgungsmethoden.

6. Die den christlichen Bekenntnissen gegenüber vom nationalsozialistischen Staat angewandten Vernichtungsmethoden (ich sage ausdrücklich: Methoden!) sind der Träger einer angeblichen Weltanschauung unwürdig. Ich habe es unzählige Male erlebt, daß bei religiös-politischen Zwischenfällen die Herausforderung stets vom Staate ausging und überdies noch von unerzogenen Elementen, denen jeder Sinn für die Verantwortlichkeit ihres Tuns fehlte. Wer eine neue Weltanschauung mit Erfolg der christlichen zur Seite setzen wollte, müßte vor allem über eine praktische Moral und über eine Menschenliebe verfügen, die denjenigen der Christen zum mindesten gleichwertig wären. Das ist aber bei den meisten Trägern der sogenannten nationalsozialistischen Weltanschauung in keiner Weise der Fall.

Als Gründer der »Nationalen Front« und des »Eisernen Besens« richte ich deshalb an alle ehemaligen und heutigen Kameraden, an alle, die gleich mir vom Nationalsozialismus und Frontismus etwas besseres erwarteten oder heute noch erwarten, die dringende Mahnung: Treibt Politik wie ihr wollt, wählt in die Behörden, wen ihr wollt, folgt, wem ihr wollt,

aber rennet nicht wie das deutsche Nachbarvolk mit offenen Augen in den Abgrund!

Die unsterbliche Sozialdemokratie

Die »NSZ-Rheinfront« in Saarbrücken, das Parteiblatt der Nazis, meldet, daß der Genosse Karl Blatt aus Limbach zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, weil er bekannt hat: »Ich war Sozialdemokrat, bin es und werde es bleiben.« — Genosse Blatt ist einer von Zehntausenden, die in den letzten 2½ Jahren lieber Kerker, Marterungen und Tod auf sich genommen haben, als ihrer Ueberzeugung untreu zu werden oder sie auch nur zu verleugnen. Die Weltgeschichte lehrt auf jedem Blatt, daß solche Taten der Treue früher oder später zum Erfolge geführt haben.

Deutsches Recht und deutsche Richter

des Völkerbundes innerhalb der Völker eine kräftige Stütze, sie ist ein wesentliches Element der inneren Festigkeit und Dauerhaftigkeit der Völkerbundspolitik, von der Sir Samuel Hoare am 11. Juli gesprochen hat. Die Forderungen, die die Entschließungen der Internationalen stellten, sind so weit erfüllt, daß der Völkerbund zur Waffe der Sanktionen gegriffen hat. Für die Durchführung der Sanktionen ist die Erklärung der Internationalen von großer Bedeutung, die den Regierungen die aktive Mitarbeit der Gewerkschaften zusichert. Die Durchführung von Wirtschaftssanktionen wird von den Völkerbundsstaaten Opfer erfordern. Sachverständige berechnen, daß ein voller Wirtschaftsboykott gegen Italien für England eine zusätzliche Arbeitslosigkeit von 100.000 Mann bedeuten würde. Das sind die Kriegskosten, die die internationale Arbeiterschaft im Kampf gegen den Faschismus zu tragen entschlossen ist.

Die Entschließungen der Internationalen, und namentlich die Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz von SAI und IGB in Genf haben einen besonderen persönlichen Zornausbruch Mussolinis hervorgerufen, der seitdem in der Haltung der italienischen Presse zum Ausdruck kommt. Wie Hitler in seiner Propaganda Völkerbundspolitik, Abrüstung, vernünftige und ehrliche Außenpolitik, Demokratie und Parlamentarismus mit Marxismus gleichgesetzt hat, so verfährt jetzt die italienische Presse — nur daß sie da, wo Hitler zum Marxismus die Juden hinzufügt, die Freimaurer benutzt. Dieser besondere Zorn Mussolinis hat seine besonderen Gründe und ist lehrreich. Die Aktionsunfähigkeit der Sozialistischen Internationale als Spezialfall der Aktionsunfähigkeit der europäischen Demokratie war ein wesentlicher Faktor in seiner politischen Rechnung. Er spekulierte darauf, daß seine doppelte Stellung in Oesterreich — Henker der österreichischen Sozialdemokratie, aber Schild gegen Hitler — ebenso geistig-politische Verwirrung in die Reihen der Sozialisten tragen würde wie seine Stellung in der europäischen Konstellation. Er spekulierte auf die auflösende und zersetzende Wirkung des immer stärker werdenden Nationalismus auf Demokratie und Sozialismus, er hoffte, daß dieser Prozeß die Zerstörung des Völkerbundes von der geistigen Seite her vollenden würde. Die Zusammenfassung der Internationalen auf der einheitlichen Linie der Völkerbundspolitik bewies ihm, daß auch diese Rechnung falsch war. Die Haltung der Internationalen ist eine Funktion der Haltung der europäischen Demokratie. Mussolini hat erkannt, daß sie nicht zerfällt, sondern sich wieder erhebt. Daher der Zorn.

Daher aber auch die Hoffnungen für den Kampf gegen den Hitlerfaschismus! In Genf ist nicht nur die Aktion gegen Mussolini beschlossen, sondern zugleich auch der Hitlerfaschismus gefesselt worden. Wenn eine klare antifaschistische Front in Europa sich aufrichtet, gestärkt durch die praktische Politik der englischen und der französischen Regierung, so steht die Sache Hitlers, so stehen seine außenpolitischen Pläne schlechter als jemals zuvor. Da ist nicht die Rede von einem Triumph nationalsozialistischer Außenpolitik, sondern nur von zunehmender geistiger Isolierung. Die deutsche Opposition darf darum nicht glauben, daß ihr die Befreiung von außen gebracht werden würde. Sie muß sich darüber klar sein, daß zwar das Wiedererwachen der europäischen Demokratie für sie eine politisch-moralische Rückenstärkung erster Ordnung bedeutet, daß sie aber den entscheidenden Kampf gegen das Hitlersystem selbst führen muß. Die Klärung, die sich in der Internationalen vollzogen hat, wird ihr für ihre eigene Klärung von großem Nutzen sein.

Der Kampf gegen die faschistische Aufrüstung, gegen die militaristische Vergiftung des Volksbewußtseins, gegen die brutale, auf Rassenhaß gegründete Machtpolitik, gegen den chauvinistischen Nationalismus wird durch den Kampf des Völkerbundes gegen Mussolini neue Kraft und neue Argumente gewinnen.

Die Erfahrungen der Labour Party zeigen der deutschen Arbeiterschaft, daß abstrakter Pazifismus und abstrakter Antimilitarismus von der Politik abführen und nur den kriegslüsternden und militaristischen Kräften freie Hand geben, daß es illusionär und romantisch ist, wenn man sich engstirnig an die Verfolgung von Zielen bindet, die bei der gegenwärtigen Lage nicht erreichbar sind, wenn man sich in

Der rapide Verfall der deutschen Kultur findet seinen deutlichsten Ausdruck in der rastlosen Zerstörung des Rechts im Dritten Reich. Den Ausgangspunkt bildet die verfassungswidrige Annahme des Ermächtigungsgesetzes im März 1933 durch einen Reichstag, der durch die rechtswidrige Kassierung der kommunistischen Mandate niemals beschlußfähig war. Es kommt hinzu, daß die Ermächtigung einem nationalsozialistisch-rechtsbürgerlichen Koalitionskabinett erteilt worden ist, das im Laufe der Zeit durch das Ausscheiden von Hugenberg und Papen einerseits, durch den Massenaustrag nationalsozialistischer Parteimitglieder andererseits seine Struktur völlig verändert hat. Mithin besteht an der Ungültigkeit sämtlicher auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassener Gesetze nicht der leiseste Zweifel. Diese Gesetze haben aber, so radikal sie in der Beseitigung der vorhandenen Rechtsgrundlagen waren, dem Hitlerregime zur Zerstörung des Rechts nicht genügt. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß es keiner Phantasie gelingen kann, die rechtsverneinende Gewalt, auf die es sich stützt, in Paragraphen zu bringen. Deshalb setzte sehr schnell die Entwicklung ein, die mit dem berühmtesten Satz: »Recht ist, was dem deutschen Volke nützt« gekennzeichnet ist. Die folgerichtige Fortsetzung ist die Aufhebung des Prinzips »nulla poena sine lege«, keine Strafe ohne Gesetz, auf dem die Rechtsordnung aller Kulturstaaten beruht, und am Ende steht das ungeschriebene Unrecht, das sich, ohne noch eine schamhafte Verteidigung zu suchen, von der nationalsozialistischen Weltanschauung und dem Willen des Führers ableitet.

Demgemäß ist es nur konsequent, wenn jüngst auf der Hamburger Gauarbeitsstagung des Bundes nationalsozialistischer Juristen der Chefpräsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts als die Auslegungsquelle, die dem deutschen Richter zur Verfügung stehen, bezeichnete: das Parteiprogramm der NSDAP. »Mein Kampf«, Führerreden offiziell anerkannte juristische und außerjuristische Literatur. Nicht uninteressant ist nur die von demselben autoritativen Redner ausgesprochene unbedingte Ablehnung der Heranziehung von Kommentaren, »soweit sie jüdische Autoren haben«. Die an Umfang und Bedeutung außerordentliche beträchtliche Geistesarbeit, die in den letzten Jahrzehnten von jüdischen Rechtsgelahrten für die Rechts-

ein Reich scheinradikaler Illusionen flüchtet, statt realpolitisch auf die Veränderung der Machtlage hinzuwirken. Die Fragen der Zusammenarbeit mit Kräften außerhalb der Arbeiterschaft haben im Zeichen des Wiedererwachens der europäischen Demokratie ein ganz anderes Gesicht als in abstrakt dogmatischen Betrachtungen.

Die Entwicklung des Völkerbundes selbst, die mit dem Wachsen des englischen Einflusses vor sich geht, entkräftet die Anschauung, daß der Völkerbund nur ein Instrument der Versteinerung der Welt nach den Buchstaben des Versailler Vertrages sei. Sie gestattet die Verfolgung außenpolitischer Zielsetzungen und lebendige Entwicklung — aber mit den Mitteln des Friedens und des Rechts. Sie führt vom reinen Konservatismus zum Fortschritt.

Der politische Klärungsprozeß ist die beste Waffe gegen den Faschismus. Der Faschismus ist die Folge politischer und wirtschaftlicher Unvernunft. In der gegenwärtigen Krise ringt die politische Vernunft sich durch. Es bleibt die wirtschaftliche Unvernunft, die immer wieder die Kräfte des völkertrennenden Nationalismus aus sich gebiert und der wirtschaftlichen Gesundung im Wege steht. Solange die Kräfte des internationalen Sozialismus gelähmt waren, haben sie sich stillschweigend unter die Tatsachen dieser wirtschaftspolitischen Versteinerung gebeugt. Jetzt ist Hoffnung, daß der Finger auch in diese Wunde der europäischen Demokratie gelegt werden wird, und daß damit ein weiterer entscheidender Stoß gegen die Stellung des Gesamtfaschismus geführt wird.

Die große Krise birgt schwere Gefahren in sich. Das Kriegsfeuer kann unversehens ins Mittelmeer, von da auf den europäischen Kontinent überspringen. Aber ebenso groß wie die Gefahren sind die Hoffnungen, daß am Ende der Krise eine schwere Niederlage des Gesamtfaschismus stehen, daß die europäische Atmosphäre gereinigt werden wird. Max Klinger.

anwendung geleistet worden ist, wird damit auf die Proskriptionsliste gesetzt, wie es bereits auf den Gebieten der Dichtung, der Malerei und der Musik mit den Werken der jüdischen Meister geschehen ist. Logischer Weise wird man erwarten dürfen, daß im Dritten Reich nun auch bald die Verwendung von Salvarsan verboten werden wird, weil es der Jude Ehrlich erfunden hat, oder die Benutzung des Radios, weil es auf die Entdeckung der elektrischen Wellen durch den Juden Hertz zurückgeht. Zu bedauern bliebe unter diesen Umständen nur, daß Johannes Gutenberg kein Jude war: welche Wohltat wäre es sonst für die Welt, wenn wegen eines solchen »Webefehlers« der nationalsozialistische Unrat der Drucklegung entzogen würde!

Daß sich an der Zerstörung des deutschen Rechts die gegenwärtigen Richter tatkräftig beteiligen, ist nicht erstaunlich, soweit sie Kreaturen des Hitlerregimes sind. Jedermann weiß, daß diese Richter ihren Aufstieg in allen Fällen einzig und allein ihrer Gesinnung oder, richtiger, ihrer Gesinnungslosigkeit zu verdanken haben. Aber unter ihnen stehen, wenn möglich, moralisch noch die nicht wenigen Richter, die schon ihres Amtes gewaltig haben, als Deutschland noch ein Rechtsstaat war, und sich jetzt zu Schergen des Hitlerregimes prostituieren. Ihr verächtliches Verhalten ist leider ganz typisch für das charakterliche Versagen der deutschen Bildungsschicht, für ihren Mangel an Selbstbewußtsein, ihre Machtanbetung, ihre Elastizität des Gewissens. Den Beweis zu erbringen, wie tief diese Schicht gesunken ist, hat jedoch ein Richter übernommen, der nicht einmal mehr im Amt ist und deshalb für sein infames Kriechen vor den herrschenden Machthabern nicht den geringsten mildernden Umstand anzuführen hat. Das ist der Professor Dr. Walter Simons, welcher in der Republik eine der größten Karrieren gemacht hat. Er wurde Ende 1918 Ministerialdirektor, war 1920/21 Minister im Kabinett Fehrenbach (zusammen mit Wirth, Koch-Weser usw.), und wurde 1922 auf Empfehlung des sozialdemokratischen Justizministers Radbruch von Ebert zum Reichsgerichtspräsidenten ernannt; als solcher hat er auch dem Staatsgerichtshof präsiert und nach Eberts Tode bis zum Antritte Hindenburgs das Amt des Reichspräsidenten ausgeübt. Im Jahre 1928, als die ersten Anzeichen des Nieder-

gangs der Republik sichtbar wurden, verließ er, natürlich mit Höchstpension, seinen Posten, weil er in einer Entscheidung der Reichsregierung über die Besetzung vakanter Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft angeblich eine Brückierung des Staatsgerichtshofs erblickte. Dieser in der Republik derart auf die Wahrung rechtlicher Belange bedachte Simons hat nun an demselben Tag, an dem die nationalsozialistischen Juristen in Hamburg versammelt waren, in Berlin in der Gesellschaft der Freunde der Deutschen Akademie einen Vortrag über »Die nationale und universale Tragweite der deutschen Rechtsneuerung« gehalten. »Der Redner«, so berichtet die deutsche Presse, »begnügte es, daß im jetzigen Staatsrecht der Hohheitsstaat sich gegenüber jurisdiktionellen Kontrollen durchgesetzt und eine persönliche Verantwortung vor Gott, Volk und Geschichte geschaffen habe, die mehr wert sei als alle gerichtlichen Nachprüfungsmöglichkeiten. Er sagte, daß er zwar nach seiner ganzen Weltanschauung und Vergangenheit in der Judengesetzgebung manche Entscheidung anders gewünscht hätte, daß aber die einmal erlassenen Gesetze selbstverständlich zu achten seien, denn ihre Härten seien offenbar notwendige Härten (!).« »Damit nicht genug, feierte er den Sieg »gesunden Volksempfindens« über »eine volk- und weltfremde Philantropie« im neuen Strafrecht, um schließlich zu der Prophezeiung zu gelangen, daß auch Amerika bald die bisherige Gleichberechtigung der Farbigen werde abschaffen müssen, wenn es nicht zu einem »Mulatten- und Mestizenstaate« werden wolle: so werde die Entwicklung dazu führen, daß, wie es am Ausgange des Mittelalters geheißen habe, »Germania docet«, so auch künftig Deutschlands Vorbild für die anderen maßgebend sei.

Vielleicht hat der Berliner Apostat mit seiner letzten Bemerkung allerdings nicht ganz unrecht, wenn auch in einem andern Sinn. Im Ausgange des Mittelalters hat Deutschland gelehrt, weil seine erleuchteten Geister die Doktrinen des Humanismus auf die Welt ausgestrahlt und sie zu deren Gesamtgute gemacht haben. Heute lehrt es auch, weil das Gegenteil des Humanismus in seinen Grenzen tobt und der Welt ein weithin abschreckendes Bild bietet. Die Schuld, die die deutschen Juristen hieran tragen, wird ihnen nicht vergessen werden.

Dr. Max Sachs tot

Wieder ein Todesopfer der braunen Sadisten.

Auf Umwegen über das Ausland erreicht uns die schmerzliche Botschaft von einem neuen Opfer, das dem braunen Regime verfallen ist: Genosse Dr. Max Sachs, bis zum »Siege« Hitlers im März 1933, Redakteur der Dresdner Volkszeitung, ist in einem Konzentrationslager in der Nähe von Chemnitz, wahrscheinlich in Sachsenburg, neun Tage nach seiner Einlieferung plötzlich gestorben, angeblich an »Herzschlag«. — Wer die Todesursachen in den Menschen-zwängern des Dritten Reiches kennt, weiß, was das zu bedeuten hat. Die näheren Umstände seiner plötzlichen Verschleppung und seines letzten Schicksals sind noch unbekannt.

In einer Dresdner Tageszeitung ist die Todesanzeige erschienen: »Dr. soc. pol. Max Sachs, Volkswirt und Diplom-Kaufmann, Geb. 23. September 1883, Gest. 5. Oktober 1935... Die Einäscherung erfolgt am Freitag, dem 11. Oktober, ¼ 6 Uhr im Krematorium Tolkewitz.« Mit dem Datum des 11. Oktober, dem Tage der Einäscherung, kann die Todesanzeige erscheinen — das sagt genug.

Genosse Sachs war schon im März 1933 Schutzhaftgefangener des Dresdner Polizeipräsidenten. In dieser Zeit hat er die Polizeihaft mit dem Genossen Hermann Liebmann geteilt, dem er nun so bald und so plötzlich in den gleichen Tod hat folgen müssen. Max Sachs ist dann damals aus der Polizeihaft entlassen worden und weiterhin zwar nicht unbehelligt, aber doch verschont geblieben — bis ihn die Menschenjäger schließlich doch gegriffen und auch ihn zum Opfer gemacht haben; sie hatten ihn sich nur aufgespart — wie so viele! Er war ja doppelt »schuldig«: als Marxist und als Jude! Und beides hat er nun mit seinem Tode bezahlt.

Der Redaktion der Dresdner Volkszeitung gehörte Genosse Sachs seit dem Jahre 1911 an; vorher war er Redakteur des Parteiblattes in Bielefeld. Schon in sehr jungen Jahren war er durch sein Studium zum Sozialismus und zur Sozialdemokratischen Partei gekommen. Eine Reihe von Jahren ge-

hörte er der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtages an.

Genosse Max Sachs war ein allezeit hilfsbereiter Kamerad, ein lauterer Charakter, der nie auf seinen Vorteil bedacht war, ein in jeder Lage anständig gewinnter und handelnder Mensch. Alles, was in Erinnerung an seine saubere Lebensführung, an seine mitunter geradezu kindliche Gütmütigkeit und Arglosigkeit, an seine unerschütterliche Gesinnungstreue und Charakterfestigkeit zu seinem Lobe gesagt werden kann, fällt als Fluch auf die zurück, als deren Opfer wir ihn verloren haben. Und es kann nur den grenzenlosen Haß vertiefen, der dafür sorgen wird, daß die Mörder und ihre Taten unvergessen sind — hoffen wir das inbrünstig! — auch nicht ungerächt bleiben!

Das Andenken dieses guten Kameraden aber bleibt aufgerichtet in der Reihe der vielen blutgetränkten Denkmäler, die die Jahre des braunen Schreckens schon schmerzvoll in unsere Herzen gepflanzt haben.

Der Haß gegen die Wahrheit

Die »Danziger Volksstimme« hat seit ihrem Wiedererschinen einen bewundernswerten Kampf gegen das Hitlersystem in Danzig geführt. Sie hat der Bevölkerung unwiderlegbare Tatsachen vor Augen geführt, in einer Form, die den Machthabern keine Handhabe zu neuen Verboten gab. Die braunen Machthaber konnten diese Stimme der Wahrheit nicht länger ertragen. Sie haben die »Danziger Volksstimme« wieder auf vier Wochen verboten. Warum? Die »Danziger Volksstimme« hat die Winterhilfe von 1929—1930 dem braunen Winterhilfswerk 1933/1934 entgegengestellt. Der Polizeipräsident von Danzig behauptet, daß diese Darstellung »gerade jetzt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährde.«

Der tiefere Grund ist ein anderer. Die »Danziger Volksstimme« hat die Niederlage der braunen Gewaltthaber vor dem Völkerbund mitgeteilt. Das Verbot ist die Rache dafür, es ist die schon üblich gewordene Demonstration des Preiffens auf den Völkerbund und der Verlegenheit des Senatpräsidenten Greiser, der in Danzig anders handelt als er in Genf redet.

Deutsche Streiflichter Der Glaube fehlt

Keine der nationalsozialistischen Kundgebungen ist äußerlich so groß gewesen und innerlich so wirkungslos geblieben wie der »Parteitag der Freiheit« in Nürnberg. Niemand redet mehr über die Reden und Aufmärsche in Streichers Hauptstadt, alle sprechen über Butter und Fett, über Fleisch, Obst und Gemüse. Die Schlangen vor den Buttergeschäften sind Aufklärung genug, und diese Agitation kann von der Gestapo nicht gut verboten werden, wenn sie nicht dazu übergehen will, das Viertelpfündchen Butter jeder Familie ins Haus zu liefern. Wie man nun aus der nationalsozialistischen Presse erfährt, gibt es Butter und Schweinefleisch mehr als hinreichend. Nur die unverhältnißmäßige Hamsterei sei an den Versorgungsgestockungen schuld. Wollte man diese Anrede als wahr annehmen, so wäre damit für die in Deutschland Regierenden nichts gewonnen, denn sie geben damit zu, daß große Teile des Volkes ohne Unterschied ihrer früheren oder jetzigen politischen Ansichten keinerlei Vertrauen zu den Erklärungen und Beteuerungen der nationalsozialistischen Behörden haben. Man glaubt nicht mehr, was durch das Radio verkündet wird, und man glaubt erst recht nicht, was in den Zeitungen steht. So fing die Vertrauenskrise, die Zermürbung der Heimatfront auch im Kriege an, das was man im Jargon der Hugenberg und Hitler immer den »Dolchstoß« genannt hat. Damals soll er von den Marxisten geführt worden sein. So wenigstens behaupteten immer die wohlgenährten Selbstversorger, deren Frauen weder Granaten drehten noch nächtelang um 80 Gramm Fett anzustehen brauchten. Wo kommt nun der neue »Dolchstoß« her? Die Marxisten sind, auf die Millionenmassen hin betrachtet, noch zum Schweigen verurteilt. Das wachsende Mißtrauen kann nicht ihr Werk sein. Es scheint also, daß die Herren Hitler und Kumpans selbst die Dolche des Mißtrauens schleifen. Ihre Reden sind jetzt kaum weniger volksfremd als diejenigen, die während des Krieges von Ernährungskommissaren, Generalen und Ministern über die Ernährungslage gehalten worden sind. Man merkt an allem, daß »wir« keine Ahnung davon haben, wie die schönste Begeisterung zusammensackt, wenn die Familien- und Volksgespräche sich Tag für Tag um die Beschaffung zusätzlicher Lebensmittel drehen müssen. Man ist allerdings noch weit von den Hungerrationen der letzten Kriegsjahre entfernt, aber man zersetzt schon die Stimmung, ehe noch der Krieg ausgebrochen ist, auf den man rüstet. Der Grad des Mangels ist noch sehr verschieden von dem der Rübenvinter des Weltkrieges, aber im Grundsätzlichen breiten sich dieselben kritischen Gedanken aus: die nagenden Zweifel, ob es gelingen werde oder ob der Zusammenbruch kommen müsse. Schon hört man an allen Ecken den Defätismus sprechen: »Hitler schafft es auch nicht.« Das sind die Vorläufer der Niederlage und der Ahnung, daß, wie im Kriege, Hasardreue Deutschlands Schicksal verspielen. Wenn solche Erkenntnisse und Gefühle vordringen und durch Tatsachen immer mehr genährt werden, hilft auf die Dauer keine äußere Machtenfaltung und muß einmal der Tag kommen, an dem der Eid auf Hitler eine Fiktion sein wird wie einst der militärische Treuschwur von 10 Millionen Männern auf Wilhelm II. »Alles wankt, wo der Glaube fehlt.« Das Wort aus dem Wallenstein bleibt wahr. Die »Frankfurter Zeitung« meint dieser Tage bei denen, die der Versorgungskunst des Systems mißtrauen, mangelnden Verstand beklagen zu müssen. Uns aber scheint, daß gerade der Verstand im Volke wieder zu wachsen beginnt und darum der elende Köhlerglaube im Schwinden begriffen ist.

»Motorisierung«

Einer der Parvenüfimmel Hitlers gehört dem Auto. Es gibt auf dem weiten Erdenrund kein Staatsoberhaupt mit Krone oder Zylinder, das sich einen so zahlreichen und luxuriösen Wagenpark hält wie der in seinem proletarischen wie in seinem bürgerlichen Vorleben gleichermaßen gescheiterte Diktator der Demagogie in Deutschland. Sein erstes öffentliches Auftreten als Regierungschef galt der Autoindustrie. Durch Ueberwindung des »marxistischen Primitivkultes« — in der Agitation hatte derselbe Mensch bisher den Neid gegen die klapperigen »Bonzen-Autos« aufwühlen lassen — wollte er die Autoindustrie herrlichen Zelten entgegenführen. Im Zeichen der Aufrüstung ist das auch geschehen. Strategische Autobahnen werden mit Milliardenkosten in rasendem Tempo gebaut. Wie aber steht es mit den Zivilfahrern, soweit sie nicht Nutznießer der herrschenden Parteikorruption sind? Darauf könne uns die Berliner

Wenn die Ueberreste der SA schon alle Hoffnung begraben müssen, mit Offiziersrang oder auch nur Unteroffiziersrang in das Reichsheer übernommen zu werden, so wollen sie wenigstens noch auf anderem Gebiet Amtspersonen des Dritten Reiches spielen. Wenn sie nicht gerade mit Judenpogromen beschäftigt sind, pfuschen sie der Polizei ins Handwerk.

Wenn man die reichsdeutsche Lokalpresse der Gegenwart genau verfolgt, tritt zwischen den Zeilen und trotz aller Zensur nichts so deutlich zu Tage, als die allgemeine »Unsicherheit der öffentlichen Sicherheit im Dritten Reich! Wer verhaftet wen? Kein Bürger weiß überhaupt — ja zuverlässig kann es noch nicht einmal die zuständige Behörde ohne große Umfragen bei der Zentrale und bei Parteistellen beantworten — wer alles zu polizeilichen Exekutivmaßnahmen berechtigt ist. Sogar die private Leibwache des »Führers« hat in jedem einzelnen ihrer Vertreter sehr weitgehende Polizeibefugnisse. Neben der ordentlichen Schutzpolizei und der Landjäger bestehen die nationalsozialistisch gestellten »Feldjäger«, bestehen ganze Formationen »zur besonderen Verwendung«, besteht, losgelöst und meist über dem ganzen und ohne die übrigen Zweige der Exekutive im Einzelfall auch nur zu benachrichtigten, die ganz aus »alten Kämpfern« zusammengesetzte »Gestapo« — Kurz es herrscht ein einziges Kuddelmuddel der Verhaftungswütigen und der Fouchés im kleinen und im großen! Der Bürger wird im Geist des Mißtrauens und des Haßes gegen alles, was auch nur entfernt nach Uniform riecht, auf Schritt und Tritt förmlich dressiert. Aus einem einzigen Sektor Deutschlands, aus Mittel- und Nordbayern — wobei die hier geschilderten Dinge natürlich nur zufällig Lokalkolorit tragen und mehr oder weniger für ganz Deutschland Geltung haben — sei ein kleines Bild von der polizeilichen Sicherheit oder Unsicherheit in dem Staate, der immer wieder vorschützt, daß er Europa vor dem Bolschewismus zu bewahren habe, aufgetragen!

Da liest man in der »Bayrischen Volkswacht« (Bayreuther Nazi-Parteiorgan vom 21. Juli ds.) beispielsweise unter den sonst wahrhaft nicht aufregenden Provinznachrichten folgendes:

»d. Rothenburg o. T. (Rabister Autofahrer in Schutzhaft genommen.) Am Montag wurde der frühere Leiter der Ortsgruppe Rothenburg des Stahlhelm, Dr. Beck in Schutzhaft genommen. Er hatte schon seit langem durch sein rücksichtsloses schnelles Autofahren die Empörung der Bevölkerung hervorgerufen. Als er in voller Fahrt in eine marschierende Kolonne des Arbeitsdienstes hineinfuhr, so daß sich die Arbeitsdienstleute in gemeinsamer Weise beschimpfte. Dieses Verhalten hat die Stimmung der Bevölkerung gegen Dr. Beck so gesteigert, daß er in Schutzhaft genommen werden mußte.«

Also: Hier treten irgendwelche Braune ganz einfach mit den Befugnissen der Verkehrspolizei — und zwar, weil sie gleichzeitig auch politisch ihr Müthen kühlen wollen, gleich in terroristischer Form — auf!

Taxichauffeure Auskunft geben. Die Zahl der Autodroschken muß in Berlin von 6200 auf 3000 vermindert werden. Nicht etwa, weil ihre bisherigen Kunden zu Opel und Mercedes übergegangen sind, sondern weil sie Straßenbahn fahren oder gar zu Fuß laufen. Es ist derselbe »Primitivitätsprozeß«, der viele tausende Straßenbahnfahrergäste zum Fahrrad zurückkehren läßt. Bei den Taxichauffeuren macht man die Geschichte sehr einfach. Man verlängert ihnen die Zulassung nicht und stellt es ihnen frei, sich mit je 3000 Reichsmark für immer abfinden zu lassen oder auf bessere Zeiten zu warten. Rund fünfzehnhundert Chauffeure versuchen ihr Schicksal durch Eingaben an die Behörden zu wenden, aber was sollen die machen, wenn das Geld zum Taxifahren fehlt, weil es durch Staatssteuern für Tanks und Reichsautobahnen und durch Parteisteuern für die Luxuslimousinen der Nazibonzen gebraucht wird?

Ein neuer Trick

In den Veröffentlichungen der Deutschen Arbeitsfront wurde immer wieder davon gesprochen, daß auch für die Arbeiter die monatliche Lohnzahlung eingeführt werden müsse, so daß die Wochenfeiertage vergütet würden wie bei den Angestellten und die Arbeiter auch in den Genuß längerer Kündigungsfristen kämen. Davon ist es bald wieder still geworden. Nun aber hat man bei Siemens in Berlin ein Lohnzahlungssystem ausgetüftelt,

Wenn die SA Polizei spielt

Der Pogrom auf Nicht-Gleichgeschaltete hieltenherum! Man regelt den Verkehr, indem man gleichzeitig den politischen Gegner zur Strecke bringt!

Aber die Weisheit dieses Tricks ist sicherlich nicht der individuellen Idee irgend eines einzelnen findigen SA-, SS- oder Arbeitsdienstmannes entsprungen. Die Bengels haben vielmehr von ihren oberen »Dienststellen« Anweisung erhalten, auf diese Weise ihr Nichtstun durch eine politisch dankbare Nebenbeschäftigung, nämlich als selbsternannte Verkehrspolizisten, sich interessanter zu gestalten. Und auch wohl einträglicher, weil man ja nicht weiß, was so ein »Verkehrssünder« schließlich auch gleich aus der blanken Gestirnscheibe blechen wird, wenn man Gnade vor Recht ergehen läßt und ihn nicht gleich in Schutzhaft nimmt. Nämlich schon am darauffolgenden Tag (am 22. Juli ds.) enthält die »Bayrische Volkswacht« — das ist die frühere Zentrumszeitung in Nürnberg, der SA und SS sicherlich nicht ganz grün — folgende generelle »Richtigstellung und Warnung des Polizeipräsidenten« in Fettdruck:

»In einer hiesigen Tageszeitung (verschwiegen wird natürlich, daß es das Nazi-Blatt war, in dem die SA und die SS ihre Tagesbefehle täglich niederlegt D. R.) sind vor einigen Tagen unter der Überschrift »Verkehrssünder am Pranger« besondere polizeiliche Maßnahmen gegen Verkehrssünder angekündigt worden. Diese Ankündigung geschah ohne Wissen und Einverständnis der allein für solche Maßnahmen zuständigen und verantwortlichen Polizeidirektion. Es ist Vorsorge getroffen, daß künftighin die Ankündigung polizeilicher Maßnahmen durch unverantwortliche Stellen unterbleibt. Denn was polizeilicherseits zu geschehen hat und was nicht, entscheidet allein die Polizeidirektion und niemand anders.

gez. Dr. Martin.

Der heilige Martinus war sicherlich ein ganz tapferer Vertreter der streitbaren Kirche zu seiner Zeit. Aber er wird an Zivilcourage offenbar noch übertroffen von dem Nürnberger Martin der braunen Gegenwart. Denn wenn er wirklich »Vorsorge treffen« will, daß so etwas nicht mehr passiert, so muß er daran denken, mindestens für sein Nürnberg das Dritte Reich abzuschaffen! Das ist ja dessen Wesen: daß es die SA und SS eben zur Polizei gemacht hat und daß es darüber, wer wen wie verhaften lassen kann, wenn's jemand juckt, alles offen läßt! Der Martin tut gerade so, als lebte er noch total unbefreit in den vierzehn Jahren der Schande Wie dem aber auch sei — diese Bekanntmachung enthält auf jeden Fall das Eingeständnis, daß solche »Rechtszustände« nun einmal generell die polizeipolitische Situation in der Hitlerer illustrieren!

Dieser Martin hatte schon vorher ein Dokument zur polizeitechnischen Seite der Verhältnisse in der braunen Diktatur geliefert. Das war am 31. Juni dieses Jahres. Damals las man in der schon zitierten »Bayrischen Volkswacht« folgendes:

»Der Polizeipräsident warnt vor widergesetzlichem Verhalten gegen Polizeibeamte.«

In den letzten drei Tagen sind drei Personen in Haft genommen worden, weil sie dem berechtigten Einschreiten von Polizeiorganen körperlichen Widerstand entgegengesetzt haben. Weiterhin wurde über

einen Mann Polizeihaft verhängt, weil er wegen seines ungesetzlichen Verhaltens ihn zur Rede stellenden Polizeibeamten durch wüste Beschimpfungen beleidigt hat.

Hierzu gibt der Polizeipräsident bekannt: Die Zeiten, wo es angesichts einer mangelhaften Staatsautorität möglich war, das berechnete Einschreiten eines Polizeibeamten zum Anlaß fliegehafter Benehmens oder wüsten Schimpfens oder gar zu einer gewalttätigen Widergesetzlichkeit zu nehmen, sind endgültig vorbei. Der Polizeibeamte, welcher die schwere Verantwortung für Ruhe und Ordnung und für die Befolgung der Gesetze hat, hat heute den vollen Anspruch darauf, daß man ihm mit Achtung begegnet und seinen Anordnungen Folge leistet. Ebenso wie ich jeden Polizeibeamten, der seine Befugnisse überschreitet, strengstens zur Rechenschaft ziehe, so werde ich künftighin gegen jeden ohne Ansehen der Person rücksichtslos mit den schärfsten Mitteln vorgehen, der es sich in meinem Amtsbereich bellegen läßt, einem Organ der Polizeigewalt mit Beschimpfungen oder gar mit körperlichem Widerstand entgegenzutreten. Jeder, der dies tut, muß damit rechnen, daß er außer Einleitung eines Strafverfahrens auch auf einige Zeit Bekanntheit mit dem Polizeiarrest macht.

Polizeidirektion Nürnberg-Fürth
Dr. Martin.

Welche Deutsche, die nur einigermaßen sich auf die jüngste Geschichte ihres Vaterlandes besinnen, müssen, wenn sie dies lesen, nicht geneigt und veranlaßt sein, ein geradezu homerisches Gelächter anzustimmen? Wo war höchstwahrscheinlich der Martin selbst? Sollte er wirklich als »alter Kämpfer« an gar keinem SA-Tumult vor den »Severing-Kosaken« — so drückte sich ja sein Parteifreund Göbbels damals aus — beteiligt gewesen sein? Dann müßte er wirklich ein Wunderheiliger, wie sein Namensvetter sein!

Wer war es denn, der die Gasse fast jeden Tag gegen die Polizei der Republik hetzte? Wer war es, der förmliche Greuelmärchen des Masochismus um den Gummiknüppel der »Zörgiebel-Knechte« gewoben hat? Wer war es, der dann bei gewandelten Machtverhältnissen im Reich pflichttreue Polizeibeamte, wie beispielsweise in Dortmund, zu hohen und entehrenden Gefängnisstrafen verurteilen ließ, nur weil sie nicht ruhig zusehen wollten, wie man nicht-nationalsozialistischen Mitbürgern die Fensterscheiben einschmiß? Wenn sich auch noch jetzt — und vielleicht jetzt erst recht, weil ja die SA nichts zu tun hat — die Menschen massenweise gegen die Polizei ein »fiogelhaftes Benehmen« erlauben, wie steht es dann um die rüdelstührenden Oberflieger? Sie sind sogar, wie Herr Göring, Polizeiminister geworden ... Und ist der Hauptschlagetot gegen Polizisten, Herr Dalugue, nicht sogar Polizeigeneral geworden? Ist Herr Göbbels nicht gar mittlerweile Reichsminister geworden?

Nicht alle Städte sind so »helle«, wie Leipzig, das jetzt seine SA mit Besen und Schaufel bewaffnet und die »deutschen Befreier« in den Vororten (in der Stadt geniert man sich nämlich) als »Hilfsorgane« des städtischen Fuhrparkes wirken läßt!

Ob Pogrom, Straßenreinigung oder angelegte Polizeifunktion — die Unsicherheit bleibt. Sie bleibt solange wie das System sich noch hält!
E. F. Roth.

Frauen gemeinhin an Sparsamkeit vorbildlich sind, ausgerechnet auf Herrn Dr. Robert Ley warten müssen, den Mann des Suffs, der Pfeifen und Offenbarungsidee.

Duldung oder Kampf

Der Bischof von Meißen ist wegen Devisenvergehen verhaftet worden. Die Reichsregierung setzt damit die Methode ihres Kulturkampfes gegen die katholische Kirche fort: Diffamierung der Priester statt offenen Kirchenkrieg. Es besteht gar kein Zweifel, daß nicht nur der Meißener Diaspora-Bischof sondern auch die Bischöfe der großen Diözesen in West- und Süddeutschland um die finanziellen Verpflichtungen zum Auslande und deren etwas gewagte Erfüllung unter den Devisengesetzen gewußt haben. Die Kirchenfürsten vertreten die Ansicht, daß die meisten Transaktionen im Rahmen der Reichsgesetzgebung erfolgt sind und es sich um rein antikatholische Tendenzprozesse handelt. Vermutlich wird jeder der deutschen Kirchenfürsten sich ebenso schuldig oder unschuldig fühlen wie der Bischof von Meißen, den man sich gegriffen hat, weil er die kleinste und ärmste deutsche Diözese verwaltet, und zwar inmitten eines besonders gehässigen und beschränkten Protestantismus. Die Aktion gegen den Bischof wühlt den Katholizismus weiter auf, aber man darf auch nicht übersehen, daß die Reichsregierung in evangelischen, in frei-

enkerischen und weltanschaulich indifferenten Kreisen mit dem Vorgehen gegen katholische Ordensleute und nun sogar gegen einen Bischof gewisse Prestigeerfolge erzielt. Abgesehen davon, daß Millionen Deutsche den »Katholik« oder der »toten Hand«, gewiß nicht ohne deren Schuld, einen kräftigen Schlag gönnen, geht auch das Gerede um, daß doch »durchgegriffen« würde, auch gegen die oberen. Es sind Schaustücke, die dem Volk geboten werden.

In breiten Schichten des niederen Klerus und der Laienwelt des Katholizismus hält die Unzufriedenheit mit der Taktik des Episkopats an. Man glaubt, daß die schwächliche Haltung der Kirche nur dann Erfolg haben werde, wenn mit einem baldigen politischen Umschwung gerechnet werden könne. Sonst hält man in den volksnahen Schichten des Katholizismus schwere organisatorische Rückschläge für unvermeidlich. Der höhere Klerus sucht dadurch beruhigend zu wirken, daß er nun durch die Ortspfarrer und die Kapläne, wo es möglich ist auch durch die Kirchenblätter, mitteilen läßt, daß bei jedem Vorstoß gegen das Konkordat entsprechende Beschwerden an die zuständigen Behörden gemacht werden. Aber bei den katholischen Laien, zumal bei der Jugend, die buchstäblich oft genug die Fäuste der Hitlerjugend zu spüren bekommt, glaubt man an die Wirkung solcher papierernen Proteste nicht. Man verlangt da, daß die Bischöfe und der gesamte Klerus eine Sprache führen, wenn auch in den Grenzen des rein Religiösen, die den Laien das Gefühl gibt, daß die alte kämpfende Kirche lebt. Trotz der gegenbeteiligten Mahnung des Episkopats wird in der katholischen Laienwelt illegal gearbeitet, weil es einfach nicht anders geht, wenn man Verleumdungen der Nazipresse und der Naziorganisationen richtig stellen will. War übrigens nicht auch die Verteilung des letzten Hirtenbriefes der Bischöfe mindestens gebietsweise illegal? Man wagte nicht, die Versendung mit der Post vorzunehmen, sondern ließ den Hirtenbrief durch besondere Boten in die Pfarrhäuser bringen, und wir kennen geistliche Herren, die das Dokument vor der sonntäglichen Verlesung nicht im Pfarrhause aufzubewahren wagten, weil sie Haussuchung fürchteten. Man versteckte den bischöflichen Hirtenbrief tagelang in der Kirche nahe dem Allerheiligsten und fühlte sich nicht einmal sicher, ob nicht auch dahin die Hände der Gestapo greifen würden. Erst wenige Stunden vor der Verlesung erfuhr man, daß diese gestattet werden würde.

Die Stimmung in den organisierten und praktizierenden Schichten der Katholiken, die aber kaum mehr als 50 v. H. der Getauften betragen dürften, steht auf Sturm. Ob die Kirchenführer eines Tages diese Stimmung nützen wollen oder unter den Angriffen der Reichsgewalt nützen müssen, ist jetzt noch nicht zu sagen. Hannes Wink.

Die Reichsbahn zehrt von der Substanz

Das Jahr 1934 ergab bei der Reichsbahn eine Unterbilanz von 162 Millionen, zu deren Deckung die Reserven herangezogen werden mußten. In der Zeit vom Januar bis August dieses Jahres ist bereits ein Defizit in Höhe von 100 Millionen entstanden. Da die Wintermonate die für den Verkehr ungünstigsten sind, wird das Defizit von 1935 das von 1934 noch weit übersteigen. Die Reichsbahn ist bereits dazu übergegangen, ihre Aufträge an die Industrie zu strecken. Die monatlichen Aufträge für Oberbaumaterial beim Stahlwerkverband sind jüngst von 25.000 auf 15.000 to. herabgesetzt worden, weitere Ersparnismaßnahmen sind angekündigt. Daß der ehemals rentable Betrieb durch das Hitlerregime heruntergewirtschaftet worden ist, liegt zum Teil daran, daß die Tarife der Reichsbahn zumeist nur auf dem Papier stehen. Nicht weniger als 64 Prozent, also mehr als zwei Drittel der von der Reichsbahn beförderten Personen fahren zu ermäßigten Tarifen. Die Kosten von Leys »Kraft durch Freude«-Veranstaltungen werden also von den abgebauten Arbeitern und durch Substanzverzehr finanziert.

Der Zwang zum Sparen entstammt aber nicht allein und nicht hauptsächlich dem Defizit des Bahnbetriebes her, sondern vor allem der riesenhaften Uberschuldung, die die Reichsbahn auf sich nehmen mußte, um ihren Anteil zur Arbeitsbeschaffung des Dritten Reiches beizutragen. Die Deutsche Verkehrs-Kreditbank A.G., die die Hausbank der Reichsbahn und vollständig in ihrem Besitz ist, veröffentlicht soeben den Abschluß für das am 30. Juni 1935 beendete Geschäftsjahr. Aus ihm geht hervor, daß die Wechselschulden der Bank, deren Einlösung die Reichsbahn garantiert, die also in Wirklichkeit Schulden der Reichsbahn sind, in zwei Jahren

Bauernnot und Hitlerpolitik

Schon die Republik hatte in den letzten Jahren ihres Bestehens zugunsten der überschuldeten Landwirte tief in das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner eingegriffen. Sie hatte auf dem Wege der Gesetzgebung die landwirtschaftlichen Schuldner vor dem Zugriff ihrer Gläubiger geschützt. Unter der Hitlerregierung ist diese Methode, die Landwirte auf Kosten ihrer Gläubiger zu subventionieren, systematisch ausgebaut worden. Entschuldungsstellen, in denen außer den Nazibonzen die Landwirte selbst sitzen, also ein Schuldner dem anderen aus der Klemme hilft, sind befugt, die Schuld- und Zinsverpflichtungen herabzusetzen und die Zahlungstermine hinauszuschieben. Der Landwirt soll davor bewahrt werden, daß er seines Besitzes verlustig geht, wenn der Hypothekengläubiger von seinem Pfandrecht Gebrauch macht. Die Zwangsversteigerung tritt also nur in Fällen hoffnungsloser Verschuldung in Kraft, nur dann, wenn das Entschuldungsverfahren versagt und der Schuldner auch die herabgesetzte Schuld nicht bezahlen kann. Diese Art der Entschuldung würde allenfalls wirksam gewesen sein, wenn eine vernünftige Agrarpolitik getrieben worden wäre, die dem Bauern nicht nur höhere Preise, sondern auch höhere Einnahmen verschafft. Wie wenig die Entschuldungsgesetze zu einer wirklichen Entschuldung geführt, wie wenig sie eine wachsende Uberschuldung vor allem der Bauern verhindert haben, läßt sich der amtlichen Statistik über die Zwangsversteigerung landwirtschaftlicher Grundstücke im ersten Vierteljahr 1935 entnehmen, die in der Zeitschrift »Wirt-

schaft und Statistik« veröffentlicht ist. Daraus geht hervor, in wie ungeheurem Umfang die Fälle zugenommen haben, in denen selbst die ermäßigte Schuld die finanzielle Kraft der landwirtschaftlichen Schuldner übersteigt. In dem Maße, wie die Landwirte ihre Zahlungsverpflichtungen vernachlässigen, gefährden sie die landwirtschaftlichen Kreditinstitute, also den Ast, auf dem sie selbst sitzen. Die Hitlerregierung muß es deshalb den Kreditinstituten zu deren eigenen Schutze freistellen, wenn nicht gar anbefehlen, bei der Eintreibung ihrer Forderungen schonungslos vorzugehen als bisher. Im ersten Vierteljahr 1935 war die Fläche, über die Zwangsversteigerungen eingeleitet waren, von 13.800 auf 17.200 ha gestiegen, also um rund 25 Prozent größer als ein Jahr vorher. Eingeleitete Verfahren kommen nicht immer zur Durchführung, oft soll damit nur ein Zwang auf renitente Schuldner ausgeübt werden. Weit stärker als die eingeleiteten haben die durchgeführten Zwangsversteigerungen zugenommen. Allein in den ersten drei Monaten 1935 hatte die Zahl der Zwangsversteigerungen um ein Viertel und die versteigerte Fläche um ein Drittel zugenommen. Im ganzen Jahre hatte sich die unter den Hammer gekommene Fläche um nicht weniger als 160 Prozent vergrößert. Die Zunahme verteilt sich aber sehr ungleichmäßig sowohl auf die Betriebsgrößen wie auf die Wirtschaftsgebiete. Die versteigerte Fläche hatte zugenommen bei Betrieben von 5 bis 20 ha um 185, zwischen 20 bis 50 um 287, zwischen 100 und 200 um 331 Prozent. Die Klein- und Mittelbauern waren also die überwiegend Betroffenen. Bei den grö-

ßeren Betrieben handelt es sich um ganz wenige Personen, also Ausnahmefälle. Die Verteilung der durchgeführten Zwangsversteigerung auf die Wirtschaftsgebiete zeigt, daß von der Strenge der Gläubiger gerade die bäuerlichen Gebiete heimgesucht, die Gebiete des überwiegenden Feudalbesitzes verschont worden sind. Die Anzahl der Zwangsversteigerungen hatte zugenommen: In Schlesien und im Ober-Rheinland um mehr als 400 Prozent, also auf mehr als das Fünffache, in Brandenburg um 1445 Prozent, also auf mehr als das Fünfzehnfache und in Schleswig-Holstein fast auf das Zehnfache. Dagegen ist die Fläche zurückgegangen in Mecklenburg auf fast die Hälfte, in Pommern und Grenzmark um rund ein Viertel und in Sachsen-Mitteldeutschland um etwa ein Zehntel. Damit ist nicht etwa gesagt, daß der Großgrundbesitz weniger überschuldet ist als die Bauern, sondern nur, daß er vom Hitlerregime sanfter behandelt wird. Gerade in den Gebieten nämlich, wo weniger Versteigerungen durchgeführt worden sind, also in den Feudalgebieten, war die Zunahme der bloß eingeleiteten Verfahren weit stärker als in den bäuerlichen Bezirken. In Ostpreußen waren mehr Zwangsversteigerungen eingeleitet worden um 40 Prozent, in Pommern und Mitteldeutschland um mehr als 100 Prozent. Dem Großgrundbesitz hat man nur gedroht, bei den Bauern aber Ernst gemacht. Nichts ist so bezeichnend für das Hitlerregime, wie die zarte Schonung für den heruntergewirtschafteten Feudalbesitz und die Härte der Zinsknechtschaft gegenüber den Bauern.

G. A. Frey.

Drittes Reich von 36 Millionen auf mehr als eine Milliarde angewachsen sind. Allein im letzten Geschäftsjahr hatte die Wechselverschuldung um 600 Millionen gleich 150 Prozent zugenommen. Die Wechselschuld steigt also um durchschnittlich 50 Millionen im Monat bei einem Unternehmen dessen eingezahltes Aktienkapital nicht mehr als 8 Millionen beträgt. Die Verkehrsbank war aber außerdem gezwungen, ihre eigenen oder von ihr garantierten Wechsel selbst in Zahlung zu nehmen. Sie oder vielmehr die Reichsbahn ist also für 250 Millionen zugleich ihr eigener Wechselgläubiger und ihr eigener Wechselschuldner, sie hat mit einem echten Geldwert einen Scheinwert eingetauscht, also ihr

Vermögen vermindert. Das finanzielle Opfer, das die Reichsbahn in den ersten zwei Jahren Drittes Reich auf dem Altar der Arbeitsbeschaffung dargebracht hat, beschränkt sich also nicht auf ihre Uberschuldung mit Arbeitsbeschaffungswechseln, dazu ist noch das Defizit von rund 300 Millionen und der mehr als zweifelhafte Besitz eigener Wechsel von 250 Millionen hinzuzurechnen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das Defizit auf der einen und die Uberschuldung auf der anderen Seite stetig wachsen, daß also in steigendem Maße die Reichsbahn gezwungen wird, Arbeiter arbeitslos zu machen und von ihrer eigenen Substanz zu zehren.

G. A. F.

Die Armee der Unsichtbaren

Die Riesenarmee der unsichtbaren Arbeitslosen wird im Dritten Reich nicht nur nicht statistisch ausgewiesen, sondern ihr Vorhandensein von den Behörden überhaupt bestritten. Dennoch ermöglicht ein Vergleich der Statistik über die vorhandenen Arbeiter und Angestellten, der Statistik über die beschäftigten und über die krankenversicherten Erwerbstätigen eine ungefähre Errechnung des tatsächlichen Umfangs der unsichtbaren Arbeitslosigkeit. Von dem englischen »Economist« wurde sie für Ende Juni 1935 mit 2.500.000 angegeben. Das heißt also, daß einschließlich der damals mehr als 2 Millionen offiziellen Arbeitslosen insgesamt über 4½ Millionen Arbeitslose vorhanden waren.

Obwohl sich die verschiedenen Ämter in Deutschland beilen, die Berechnung des »Economist« zu erschüttern, so ist ihr Ergebnis eher zu niedrig als zu hoch zu bewerten. Das wird bestätigt durch Angaben über die Entwicklung der Beschäftigung in Württemberg, die sich im Wirtschaftsteil der »Frankfurter Zeitung« befinden. Da wird der kräftige Aufschwung des Wirtschaftslebens in Württemberg hervorgehoben und mitgeteilt, daß die Arbeitslosigkeit, die im Juni 1932 noch 114.000 betragen habe, bis zum Juni 1935 auf 11.300 Personen zurückgegangen sei. Das ist eine Abnahme von etwas mehr als 100.000 Personen oder rund 90 Prozent. Gleichzeitig wird aber eine Steigerung der Zahl der Beschäftigten von 583.000 auf 749.000 angegeben.

»Hansastadt Köln«

Preußens zweitgrößte Stadt, dem heiligen Köln, ist Heil widerfahren. Das System hat ihr den Titel »Hansastadt Köln« verliehen!

Bisher waren das allein Hamburg, Bremen, Lübeck — deutschen Stadtrepubliken, die mit stolzer bürgerlicher und demokratischer Vergangenheit der preußischen Gleich-

Es haben also 166.000 Personen mehr Beschäftigung gefunden, obwohl nur 100.000 Arbeitslose zur Verfügung standen.

Woher kommen die übrigen 66.000 Personen, die neu in den Produktionsprozeß eingetreten sind? Sie sind ein Teil des Riesenheeres der unsichtbaren Arbeitslosen, das weder auf den Arbeitsämtern noch auf den Wohlfahrtsämtern registriert ist. Bemerkenswert ist dabei noch, daß

die Berufszählung für 1933 in Württemberg nur 32.000 unsichtbare Erwerbslose ergab, während zwei Jahre später 66.000 Personen aus dieser Kategorie Beschäftigung erhalten haben, ohne daß sie damit voll erschöpft wäre.

Der angeführte Artikel möchte die Hinlenkung auf diese unangenehme Tatsache mit der Behauptung unwirksam machen, daß in die württembergische Wirtschaft zahlreiche Arbeitskräfte von auswärts, hauptsächlich aus Baden, eingetreten seien. Vielleicht ist das in kleinem Umfang sogar der Fall. Keineswegs kann aber damit die sich aus den Ziffern für Württemberg ergebende Feststellung erschüttert werden, daß die unsichtbare Arbeitslosigkeit infolge der rigorosen Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die Arbeitslosen in den letzten zwei Jahren gewaltig zugenommen hat und daß ihr Umfang zur Zeit im ganzen Reiche bedeutend größer ist als die statistischen ausgewiesene Arbeitslosigkeit.

schaltung und der brossischen Landgier im dynastischem Säkulum trotzten durften. Im Mittelalter — zur Blütezeit der Hansa — war Köln freilich in diesem republikanischen Städtebund die Führerin gewesen.

Mag der Herrgott, der das heilige Köln so reichlich mit seinen schönen Kirchen bedacht hatte, wissen, was eigentlich die Nazis — die braune Okkupationsarmee Hitlers in

Köln — mit diesem historischen Sachverhalt zu tun haben? Denn alles, was die Hansa und den Geist der Hansa ausmachte, war auf die Idee der Freiheit und des Weltbürger-sinns aufgebaut. Es war gerade darum auch die »Hansastadt Köln«, die Robert Blum, den deutschen Republikaner, vom Windischgrätz in Wien erschossen, den besten ihrer Söhne nannte. Es war die »Hansastadt Köln«, die dem tapfersten aller deutschen Freiheitskämpfer, Karl Marx, die Stätte erster feuriger Wirksamkeit an seiner »Rheinischen« und »Neuen Rheinischen Zeitung« bot. In der »Hansastadt Köln« ist August Bebel geboren. In der »Hansastadt Köln« wirkte als Oberbürgermeister ein Jahrzehnt lang der leibhaftigste Antikorpusse, der »rote Becker«. In der »Hansastadt Köln« ging schon einmal ein Erzbischof wegen seiner religiösen Überzeugung und für die Freiheit des Wortes ins Gefängnis. In der »Hansastadt Köln« prägte Freiligrath sein herrliches Schmahwort von den »schmutzigsten Westkalmücken« — freilich damals noch ununterrichtet darüber, daß jene preußischen Kalmücken und Sklavenseelen, die er meinte, in der Person Hitlers einmal einen so vollendeten Konkursverwalter erhalten sollten...

Alle Toten aus Kölns großer Vergangenheit in der Freiheit und im Bürgerstolz werden sich hörbar im Grabe herumdrehen, wenn sie erfahren, wer ihrer Stadt diese Ehrung besichert! Ja — es sind wahrhaftig schon »Hansaten«, die jetzt Köln regieren. Zwei hochbezahlte Bürgermeister der Stadt sind zur Zeit bekannte Rowdys aus der Schlägerei-Epoche des nationalsozialistischen Werdens. In der letzten Stadtverordnetenversammlung, die im April 1933 noch nach dem republikanischen Gesetz und dem demokratischen Recht stattfand, wurden alle »marxistischen« Gewählten, darunter Frauen von ihren braunen Kollegen im Verein mit der SS blutig geschlagen und aus dem Sitzungssaal geworfen. Der jetzige Oberbürgermeister ist ein sehr serviler Prokurist des »internationalen Juden« Louis Hagen im Bankhaus Levi gewesen, bis er bei Hitler seine Berufung zu Höherem entdeckte.

In der »Hansastadt Köln« sagt man, wenn man ausdrücken will, daß etwas ganz ver-rückt und ganz paradox ist: »do geiste kaputt!« (da gehst du kaputt!) In der Tat: diesen Kernspruch sollte man der neuen »Hansastadt« Köln sofort aufs Wappen nähen!

Kaum zu glauben

»Es ist kaum zu glauben, aber es gibt noch überall richtige Marxisten, die im Dunkeln ihre schmutzigen Geschäfte zu machen versuchen...«

Aus einem »Berliner Brief« in der deutschen Provinzpresse.

Das Ende der Judenemanzipation

Von der Humanität zur Sexualpathologie des Dritten Reichs

Im Geburtsjahre Goethes — 1749 — schrieb Lessing sein einaktiges Lustspiel »Die Juden.« Ein reisender Jude rettet einem Baron zweimal das Leben und soll mit der Hand der Tochter und einem entsprechenden Vermögen belohnt werden — so lange man nicht weiß, daß er Jude ist. Da enthüllt sich der edelmütige junge Mann, Allgemeiner großer Schrecken. Mit der Hand der Tochter ist es nichts mehr, wogegen sich selbst Lessing nicht auflehnt. Aber man versichert sich zum guten Ende gegenseitige tiefgefühlte Wertschätzung:

Der Baron: »Alles, was ich von Ihnen sehe, entzückt mich... O, wie achtungswürdig wären die Juden, wenn sie alle Ihnen glichen.«

Der Reisende: »Und wie lebenswürdig die Christen, wenn sie alle Ihre Eigenschaften besäßen.«

»Entzückt« von einem Juden — dieses Bekenntnis war die Revolution. Im Süden Europas traten um diese Zeit noch Inquisitionsgerichte gegen Juden zusammen. In Böhmen irrten, vertrieben von Maria Theresia, viele Tausende von Juden obdachlos im Lande umher und überfluteten die Grenzen. Im Preußen Friedrichs II. mußte jeder Jude beim Eingehen einer Ehe, beim Kauf eines Hauses oder einem größeren zivilrechtlichen Geschäft bei der königlichen Porzellanmanufaktur »Judenporzellan« bis zu dreihundert Talern im Werte kaufen. In Frankfurt und anderswo war den Juden das Betreten des Bürgersteigs verboten. Jeder Landstreicher konnte, wie noch Börne aus seiner Jugendzeit bitter berichtet, unter dem Ruf: »Mach Mores, Jud« den Juden zum Hut-abnehmen zwingen. In den Ghettos der großen Städte drängte sich, rechtlos, geknechtet und verfeimt, das arme deutsche Judentum zusammen, während ein paar reiche Juden im Besitz besonderer Privilegien den Kreditbedürfnissen der Fürsten dienen durften.

Immer wieder kopierten die Jahrhunderte einander in ihrer Haltung zu den Juden. Nach Siegen, nach Niederlagen, in Epochen der Hochblüte und des Niedergangs; mit religiöser, nationaler, staatlicher, rassenmäßiger Begründung. Das Jahrhundert Lessings, das der Judenemanzipation vorausging, hat sie alle gekannt. Der Dichter im Geiste der Aufklärung des Humanismus unternahm das Wagnis, den Juden als Menschen zu entdecken, seine Andersartigkeit, aber nicht mehr seine Minderwertigkeit, wie Lessing im »Nathan« nicht Toleranz predigt, sondern von den Christen Verzicht auf das Prestige verlangt.

Jahrzehnte später wurde die Emanzipation des Judentums in den allgemeinen politischen Befreiungskampf mit einbezogen. Der entscheidende Anstoß kam aus Amerika mit der ersten Verkündung der Menschenrechte. Die Rechtsgleichheit der Juden in einem Lande ohne kirchliche Tradition war ein Bestandteil der Unabhängigkeitserklärung von 1776, wonach »allen Menschen, gleich erschaffen, vom Schöpfer bestimmte unveräußerliche Rechte auf Leben, Freiheit, Glück verliehen wurden.« In der ersten amerikanischen Bundesverfassung heißt es, daß »keinem Menschen, der die Existenz Gottes anerkennt, durch Gesetz der bürgerlichen Rechte aberkannt werden dürfen.« Aber es hat in Europa, als sich die Ideen der französischen Revolution bereits als sieghaft erwiesen hatten und die politischen Bürgerrechte allmählich erkämpft wurden, noch Jahrzehnte gedauert, ehe die Juden aus den Ghettos und ihren zwangsweisen Isolierungen in die bürgerliche Gleichberechtigung entlassen wurden.

In Frankreich selber waren den elsässischen und lothringischen Abgeordneten für die Nationalversammlung jüdenfeindliche Instruktionen mit auf den Weg gegeben worden. Auf der berühmten jüdischen Notabelnversammlung vom 30. Mai 1806 mußten die 112 Vertreter aller jüdischen Richtungen auf die zwölf Fragen

Napoléons, die ihnen unter Druck gestellt wurden, zur Erringung ihrer Bürgerrechte erklären, daß sie die Franzosen als ihre »Brüder« betrachten. Jetzt erst seien sie, so heißt es in ihrer Deklaration, »erlöst« durch ihre Eingliederung ins Gefüge der großen Nation. Den europäischen Juden geht es, wie Kastein in seiner »Geschichte der Juden« darlegt, von jetzt an nicht mehr um die primitive Existenzmöglichkeit. Zum ersten Male seit Jahrhunderten, seit ihrer großen spanischen Zeit, standen die Juden wieder vor der Möglichkeit einer Entfaltung ihrer Kräfte. Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur im

folgerichtiger Auslegung der humanitätskulturellen Assimilationsideen in hellen Scharen zum Christentum über, um sich endgültig die gesellschaftliche Gleichberechtigung zu sichern. Selbst die urreaktionäre feudale Schicht der preußischen Beamten- und Militärhierarchie, die sich privat den Juden vom Leibe hielt, erblickte in der Taufe den passabelsten Weg zur Lösung des Problems. Die Erliegenheit der eigenen Rasse, die man durch Vermischung nicht schädigen dürfe, war noch nicht entdeckt worden oder spukte nur in den Hirnen einiger subtiler Geister.

Heimat; wir sind entweder Deutsche, oder wir sind Heimatlose.«

Deutsche, im politischen Sinne, wurden die Juden erst nach 1848 im Verlauf von Jahrzehnten. Nach der Gründung des Norddeutschen Bundes wurde für Preußen das entscheidende Gesetz vom 3. Juli 1869 erlassen, wonach »alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit der religiösen Bekenntnisse hergeleiteten Beschränkungen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte hierdurch aufgehoben werden. Insbesondere soll die Befähigung zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.« Aber diese gesetzliche Bestimmung, die der deutsche Reichstag in die Reichsverfassung übernahm, gab nur die äußerlichen und formalen Garantien. Das Judenproblem behielt seine gesellschaftlichen psychologischen Fragestellungen weiter. Pseudochristliche, sozialreaktionäre, feudalistische Tendenzen bedienten sich des immer leicht zu entflammenden Antisemitismus und vermischten sich mit demagogischer Massenaufpeitschung in der Stöcker- und Ahlwardt-Zeit.

Die anwachsende sozialistische Arbeiterbewegung warf den Damm gegen die konfessionelle und immer stärker auch rassenmäßige motivierte Hetze auf. Sie bewahrte das humanitäre Erbe der klassischen deutschen Philosophie und sah die wirtschaftliche Seite des Judentums in der gerechten Abwägung zwischen Ursache und Wirkung. In ihr wurde die Judenemanzipation praktisch und beispielhaft ohne Hinterhalte verwirklicht. Wenn eine Verfassung überhaupt imstande ist, eine von Jahrtausenden Traditionen und Vorurteilen gebildete psychologische Situation, worin religiöse Begründungen, soziale Abwälzungsversuche und Fluchtwege, Neidgefühle und Minderwertigkeitskomplexe vielseitige Verbindungen mit einander eingegangen waren, durch feste Rechtsordnungen zu binden, dann hat es die Verfassung von Weimar getan.

Wieder ist ein tiefer geschichtlicher Einbruch da, von dem die Juden im tiefsten getroffen wurden. Das Dritte Reich hat die Optimisten unter den Juden wie unter den Christen widerlegt, die an den Ablauf der wachsenden Vernunft im Bunde mit der fortschreitenden Humanität glaubten. Seit der Verkündung der neuen Judengesetze gibt es im Grunde kein Judenproblem mehr in Deutschland, außerhalb der Juden selber. Sie sind Objekt des absoluten Staates ohne Recht auf Abwehr und Einspruch. Die Brücken, an der Generationen gebaut haben, sind zerstört. Es gibt auf Grund von Dekreten zwischen Juden und Christen wieder nur ein Hüben und Drüben. Sieht man von einem kleinen Kreise ab, die der Nützlichkeitsstandpunkt des Dritten Reichs vorläufig noch in der Wirtschaft beläßt, so ist für die deutschen Juden die Existenzgrundlage nicht mehr vorhanden. Sie sind eingekesselt durch die nationale Ueberkompensierung im Haß seiner Bedrucker, die mit der Judenhetze zugleich die bequemste Rückzugslinie auf der Flucht vorder Verantwortung besitzen. Den Juden in Deutschland ist genommen worden, was sie seit dem Zeitalter des Humanismus immer wieder trotz aller Hemmnisse erfolgreich durchzusetzen vermochten, die Mitwirkung in den Bezirken des geistigen Daseins der Welt, weil ihre Stimme in dem Lande, in dem sie vegetieren müssen, stumm gemacht worden ist. Es ist für die lebenden Juden ein schwacher Trost, daß die Geschichte im Reiche der Ideen ihr Urteil schon vorweg genommen hat, da sich auf der einen Seite der beiden Pole Spinoza, auf der anderen Alfred Rosenberg befindet.

Der Vergleich der Lage der deutschen Juden von heute mit derjenigen im dun-

Das neueste Verbrechen



kapitalistischen Geistes kam gewissen Utilitätsprinzipien auf beiden Seiten entgegen. Der größte Teil der Juden Europas entschied sich für die Angleichung an den neuen Lebensraum, unter problematischen Verzicht, niemals ungefährdet in den Wandlungen der geistigen Strömungen und der politischen Auseinandersetzungen des neunzehnten Jahrhunderts.

Die Geschichte der preußisch-deutschen Judenemanzipation ist mit den Schicksalen der gesamtdeutschen Freiheitsbewegung besonders eng verbunden. Genau wie »seinem« Volke hatte Friedrich Wilhelm II. auch den Juden in den Jahren, als der größte Teil Preußens von den Franzosen besetzt war, Konzessionen versprochen. 1812 erhielten sie Bürgerrechte, Freizügigkeit, freie Berufswahl, wenigstens durch Dekrete auf dem Papier. Sachsen schuf erst 1813 den Leibzoll für die Juden ab. In der oberen gesellschaftlichen Sphäre ermöglichte man den Juden die Teilnahme am deutschen Geistesleben, mit prominenten Salons als Mittelpunkten, und die Juden traten in

Der Rückschlag kam mit der »Heiligen Allianz,« mit den Ideen des »christlichen Staates,« mit dem Gottesgnadentum mit der dem Mittelalter zugewandten Romantik. Man hob die Gesetze über die Gleichberechtigung der Juden wieder auf oder sabotierte sie — genau so, wie man die allgemeinen Versprechungen über die politische Gleichberechtigung nicht einlöste. In den dreißiger Jahren gab es für die Juden des preußischen Staates achtzehn verschiedene Rechtsgebiete. Der Jude war teils Staatsbürger, teils Schutzjude. Professoren traten auf, die das Heimatrecht der Juden in Deutschland anzweifeln. Die politische Kirchhofsruhe des Vormärzes wurde hin und wieder durch Austreibungen und Pogrome unterbrochen. Unverdrossen kämpfte Gabriel Rieber, der Vorkämpfer der Anpassungsgedanken, für die Gleichberechtigung und prägte diesen für die Haltung der bürgerlichen Juden dieser Zeit kennzeichnenden Satz:

»Wir sind nicht eingewandert, wir sind eingeboren, und weil wir es sind, haben wir keinen Anspruch anderswo auf eine

Max Weber über das Dritte Reich

kelten Mittelalter ist nicht haltbar. Das Mittelalter war roh und brutal, aber die Verdikte gegen die Juden, die Aufforderung zur Achtung und zum Verbrechen stützte sich auf Lehren und Gebote, an deren Geltung und Gerechtigkeit aus Haß und Angriff in düsterem Fanatismus geglaubt wurde. Die Judenfeindschaft war Substanz der mittelalterlichen Christenheit; neben dem Kreuz wohnte der Aberglaube der Unwissenden und der Gemühten. Die Heiden wurden unterworfen, die Juden wurden bekämpft. Selbst in den finsternen Stunden der Judenverfolgungen konnten sich Stimmen des Protestes und des Abscheus erheben.

Heute erfolgt die Unterdrückung mit einem teuflisch-sublimierten Raffinement. Die Roheit wird durch Gemeinheit verschärft, die sich der Lügenhaftigkeit ihrer Argumentation bewußt ist. Die Rassenlehre ist nichts als eine Schutzmauer, hinter der sich die soziale, kulturelle und seelische Erdröschung der Juden umso grausamer vollziehen kann. Das Mittelalter hat viele Szenarien von angeblichen Untaten der Juden entworfen, von Brunnenvergiftungen und Kinderermordungen, in Anekdote und Bild, mit drastischer Ueberbetonung der Anschuldigung. Aber es fehlte ihm die lüstern-pornographische Note, die Gosse für die genießerischen Sadien, das Rachemotiv der erotisch zu kurz gekommenen. Die Judenverfolger des Mittelalters verkündeten ihre Taten der Welt, im Wahn, Christus gerächt zu haben. Die Herpen des Dritten Reiches bezeichnen ihre Brutalitäten als Stabilisierung eines Minderheitenrechts, nicht aus Scham, sondern in der leider nicht unberechtigten Hoffnung, gläubige Ohren in der Welt zu finden.

Herder, der die Juden nicht sonderlich liebte, sagt in seiner »Adrastea«:

»Alle Gesetze, die den Juden ärger als Vieh achten, ihn täglich, ja stündlich, ehelos schelten; sie zeugen von der fortwährenden Barbarei des Staates, der aus barbarischen Zeiten solche Gesetze duldet.« Das historische und zugleich zeitlose Problem des Antisemitismus hat im Dritten Reich ein Gesicht gewonnen, für das es in der Geschichte kein Beispiel gibt. Der Haß ist diktiert von der privaten und persönlichen Unmoral sexuell Defekter, die ihr erschütterndes menschliches Manko hinter Theorien und Doktrinen verstecken.

Andreas Howald.

Das Wichtigste

Die deutschen Zeitungen melden:

Der Ortgruppenleiter der NSDAP in Addis Abeba sowie 59 Deutsche haben am Mittwoch Abends in Addis Abeba verlassen.

Ist der Mars bewohnt? Nein, sonst hätte der dortige Ortgruppenleiter der NSDAP schon von sich reden gemacht.

Zu den wenigen bedeutenden Köpfen, die der deutsche Liberalismus hervorgebracht hat, gehört zweifellos Max Weber. Man kann wohl sagen, er war der weitsichtigste von allen. Sein Kampf gegen Wilhelmismus, Junkertum und Reaktion war kraft- und geistvoll. Mit Verachtung sprach der große Gelehrte über die Alldutschen und deren ebenso lärmenden wie hohlen Patriotismus. Im Kriege stellte er scharf die Frage: Vaterland oder Vaterlandspartei? Was sich Vaterlandspartei nannte, erschien diesem Mann als das genaue Gegenteil dessen, daher diese scharfe Alternative. Max Weber gehörte jenen der zwei Deutschland an, dem Rosenbergs und des Nationalsozialismus Kampf gilt im Alldeutentum sah Weber die Auflösung der deutschen Nation. Die Alldutschen aber sind die Vorläufer des Nationalsozialismus, was sich durch die gesamte deutsche Geschichte hindurch verfolgen läßt. Dieser Sorte von Nationalen war das Denken schon immer ein Schrecken. Mit sachlichen und vornehmen Gegnern — und auch solche gibt es zweifellos — wäre es gewiß eine Freude, sachlich zu streiten. Aber es widersteht deutscher Ehrlichkeit Respekt zu bekunden vor Kreisen, aus deren Mitte ebenso wie viele andere auch der Verfasser wieder und wieder als »Demagoge«, bald als »undeutsch« oder als »Agent des Auslandes« verlistert wurde. Die zweifelhafte Gutgläubigkeit der meisten daran beteiligten Literaten war vielleicht das Beschämendste an solchen Exzessen, stellte der große Gelehrte in einer während des Kriegs erschienenen Arbeit fest. Max Weber hatte in den Alldutschen eine Bewegung erkannt, die Deutschland in reaktionärer Weise zu gestalten suchte. Es ist von größtem politischem Reiz und überaus aktuell, Webers Arbeit »Wahlrecht und Demokratie in Deutschland« heute wieder zu lesen. Sie erschien zwar bereits im Dezember 1917, aber erst heute wird im Dritten Reich realisiert, was Max Weber in dieser Arbeit als die große Gefahr des Nachkriegsdeutschland erkannt hatte. Weber sah während des Krieges die reaktionären Kräfte am Werke, ein Wahlrecht zu verwirklichen, das auf die Niederhaltung der arbeitenden Massen hinauslief. Dagegen nahm er schärfste Stellung und sagte:

»Von den wirtschaftlichen Bedingungen der deutschen Zukunft lassen sich mit Sicherheit heute nur drei vorausberechnen. Zunächst: die Notwendigkeit einer ungeheuren Intensivierung und Rationalisierung der wirtschaftlichen Arbeit. Nicht, damit das deutsche Dasein reich und glänzend, sondern damit das deutsche Dasein der Massen bei uns überhaupt möglich sei. Es ist angesichts des eisernen Frühlings, den uns der Frieden bringen wird, ein Frevel, wenn jetzt Literaten der verschiedensten Lager den deutschen »Arbeitsgedenke« als die nationale Erbsünde und ein »gemächlicheres« Dasein als Zukunftsideal hinstellen. Das sind Schmarotzerideale einer Pfründner- und Rentnerschicht, welche den schweren Alltag der geistig und körperlich arbeitenden Mitglieder an ihrem Tintenfaßhorizont messen zu wollen sich erdreistet.«

Weber betonte demgegenüber, daß Deutschland nur als moderner Industriestaat lebensfähig bleiben, nicht aber als ein zünftlerisch-krämerhaftes Land bestehen kann. Er sah, wie das Deutschland der Rosenberg und Hitler bereits damals, wenn auch mit anderen Männern an der Spitze — Idealen nachjagte, die den deutschen Nationalstaats der Vernichtung preisgeben müßten. Hier wird Weber geradezu zu einem Propheten:

»Wirtschaftspolitisch ist jedenfalls die höchstmögliche Rationalisierung der wirtschaftlichen Arbeit, also die ökonomische Präzisierung der rationalen Wirtschaftlichkeit der Produktion, also: des »Fortschritts«, in diesem technisch-ökonomischen Sinn, — mag man ihn nun an sich lassen oder Heben, — eine Lebensfrage für die Weltstellung nicht nur, sondern einfach für die Möglichkeit einer erträglichen Existenz der Nation überhaupt. Und deshalb ist es eine gebieterische politische Notwendigkeit, daß den Trägern dieser rationalen Arbeit wenigstens jenes Mindestmaß politischen Einflusses zugewendet wird, welches ihnen nur das gleiche Wahlrecht gewährt. Denn in jenem einen wichtigen Punkt: dem Interesse an der Wirtschaftsrationalisierung, ist, trotz aller sozialen Gegensätze, das Interesse der Arbeiterschaft mit dem der organisatorisch höchststehenden Unternehmer und sind beide mit dem politischen Interesse an der Erhaltung der Weltstellung der Nation, nicht immer in den Einzelheiten, wohl aber im Prinzip, identisch und schmerzstracks entgegengesetzt dem Interesse aller Pfründnerschichten und aller ihnen kongenialen Vertreter ökonomischer Stagnation. Und es scheint die höchste Zeit, daß der Einfluß jener Schichten eingesetzt wird an einem Punkt, dessen prinzipiell falsche Behandlung schon jetzt einen Schatten auf unsere Zukunft vorauswerfen könnte.«

Ist schon in diesen überaus bedeutsamen Ausführungen ein bedeutender Reichtum an Erkenntnissen enthalten, so ist die Fortsetzung dieser Ausführungen noch bemerkenswerter:

»Denn — das ist die dritte völlig sichere Zukunftsperspektive — wir werden für Jahre im Zeichen einer »Übergangswirtschaft« stehen mit Rationalisierung der Rohstoffzuteilung der Zuweisung internationaler Zahlungsmittel und womöglich: der Betriebe selbst und ihrer Kundschaft. Es ist klar, daß dies eine nie wiederkehrende Gelegenheit sein kann sowohl im Sinne der Rationalisierung der Wirtschaft wie auch, genau umgekehrt, eine Fundgrube für sogenannte mittelständlerische Experimente im denkbar übelsten Sinn dieses fast stets mißbrauchten Wortes. Mit Hilfe eines staatlichen Bezugsscheinsystems und ähnlicher Mittel, könnte man »selbständige« Bettelexistenzen aller Art, vor allem das Ideal jedes Kleinkapitalisten: bettelhafte aber bequeme, Ladenexistenzen und ihre gleichen in Masse subventionieren, welche das gerade Gegenteil einer Intensivierung und Rationalisierung unserer Wirtschaft bedeuten würden: die Züchtung von Schmarotzern und Tagedieben, Trägern jener »Gemächlichkeit«, die das Zukunftsideal der Literaten ist.«

Weber versäumte nicht, darauf hinzuweisen, daß solche Verhältnisse den geeigneten Boden für monarchistische Prinzipien darstellen, und sah daher in diesen Bestrebungen

die ökonomische Untermauerung reaktionärer politischer Ziele. Was er damals über die Ständische Ordnung sagte, ist heute sehr aktuell. Die treibenden Kräfte dieses Prinzips sieht er auch hier wieder in den Reihen der Bettelexistenzen, die hoffen, durch dieses Taschenspielerkunststück den »Kapitalismus« töten zu können. Wie hat der große Gelehrte hier doch den parasitären Nationalsozialismus gezeichnet!

Nicht nur Max Weber, auch Marianne Weber, die dessen Politische Schriften herausgab, hat das Kommen des Dritten Reichs geahnt. Im Vorwort zu Max Webers Schriften schrieb Marianne Weber im Jahre 1920 u. a.:

»... die gegenwärtigen politischen Desseinsformen sind mühsam auf einem Trümmerhaufen errichtet und tragen in manchem den Stempel des Notbehelfs. Niemand kann wissen, ob nicht die kommende Generation, wenn ihr ein Aufstieg beschieden ist, den Faden der Entwicklung wieder da anknüpft, wo ihn der nationale Zusammenbruch abgerissen hat. Dann könnte auch der Inhalt dieses Buches wieder aktuelle Bedeutung erlangen.«

In der Tat, das Buch Max Webers, in dem die Dynamik des Wilhelmismus aufgezeigt wurde, gewann wieder aktuelle Bedeutung. Im Dritten Reich erlebt der Wilhelmismus seine Wiedergeburt. Es gab also Leute, die den Faschismus kommen sahen, ehe er selbst geboren war. Ein Zeichen also, daß auch der Faschismus in der ganzen Geschichte eines Volkes begründet liegt und keineswegs überall siegen muß, weil es garnicht überall die Bedingungen dafür gibt, die in Deutschland aus einer Reihe besonderer Gründe vorhanden waren.

Nur kein Mißverständnis!

Der Arbeitsfrontleiter Ley ordnete an, daß die bisherigen »Sprecher der Jugend« künftig unter dem Namen »Betriebsjugendwalter« zu führen seien. Er fügte hinzu:

Die Namensänderung wurde durchgeführt, um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß von einer Interessenvertretung alten Stils bei der Ausübung dieser Funktion keine Rede sein kann.

Dieser Unterstreich hätte es nicht bedurft. Daß es für den Arbeitnehmer keine Interessenvertretung mehr gibt, hat jeder deutsche Jung- und Altarbeiter längst am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

Hamstern. In einem Brief aus Bayern wird mitgeteilt: »Bei uns gibt es jetzt wieder Leute, die zum Hamstern gehen. Auf der Straße von A nach B standen in den letzten Tagen Polizeibeamte in Zivil und durchsuchten die Passanten die vom Lande kamen, ob sie nicht bestimmte Lebensmittel haben und wo sie sie gekauft haben. Die Bauern halten jetzt mit dem Schweineverkauf zurück, weil sie glauben, die Preise müssen noch hinauf gehen. Beim letzten Markt sind in München nur fünf Schweine zum Verkauf aufgeboden gewesen.«

»Am Nordpol blühen die Apfelsinen...«

Eines Morgens ließ Karbolke ratlos seine Zeitung, den »Thingboten« auf die Kaffeetasse sinken. »Was gibt's«, erkundigte sich die Gattin, »haben die Japaner Addis Abeba besetzt?« — Geographie war ihre schwache Seite. — »Nein, aber hier steht: Am Nordpol, wo jetzt die Apfelsinen blühen, ist der Salon-dampfer Walhall mit 800 »Kraft durch Freude«-Passagieren angekommen... Wie sollen denn am Nordpol Apfelsinen blühen?«

»Nu, so druckens doch«, meinte Frau Karbolke gleichmütig.

»Aber am Nordpol ist ringsum Eis und Wasser!«

»Bist du vielleicht da gewesen?«

»Das hab ich schon in der Schule gelernt. Da ist Schnee und Eis. Und viel zu kalt ist es für Apfelsinen. Da wächst nicht mal Gras.«

Das hat man eben früher nicht so gewußt. Damals habense uns ja in allen Sachen belogen und betrogen. Wer hat mir denn als Mädchen gesagt, daß man nicht mit Juden verkehren darf!«

»Das ist was anders. Daß es am Nordpol kalt ist, ist doch bewiesene Tatsache.«

»Daß man nicht mit Juden verkehren darf, ist auch bewiesene Tatsache.«

Karbolke blieb hartnäckig. Er schrieb eine Karte an die Redaktion des »Thingboten«. Postwendend erhielt er Antwort:

»Da Sie über den Inhalt unseres Parteiblattes meckern, haben wir uns veranlaßt gesehen, Ihre Voranmeldung für die Winterhilfe zu streichen. Außerdem ist Ihr Ausschluß aus der NSDAP beantragt.«

»Da haste die Bescheung«, jammerte

Frau Karbolke, »Das kommt nur von Deiner unnützen Quengelei. Jetzt kriegen wir die billigen Kohlen nich. Was geht Dich an, ob es am Nordpol kalt ist! Kimmre Dich lieber drum, daß wir was zu heizen haben.«

Karbolke setzte sich hin und schrieb einen langen Entschuldigungsbrief an die Redaktion des »Thingboten«. Er sah sein Unrecht ein. Er sei überzeugt, daß am Nordpol viel bessere Orangen wachsen als beispielsweise in Palästina, wo das jüdische Parasitenvolk trotz günstigen Klimas nur Disteln von Apfelsinenbäumen erntet. Karbolke erhielt darauf gnadeweise die Hälfte des ihm zugedachten verbilligten Kohlenquantums, von seiner Ausstoßung aus der Partei Hitlers wurde Abstand genommen.

Acht Tage darauf las Karbolke wiederum: »Am Nordpol, wo die Apfelsinen blühen...« — Er ließ seinen Augen schnell über die Stelle hinweggleiten. Beim drittenmal war es nicht mehr nötig. Als er das viertemal vom Nordpol las, fügte er schon selber hinzu: »Aha, dort, wo die Apfelsinen blühen...« Ja, man war schauderhaft belogen worden in den vierzehn Jahren Schwachwirtschaft.

Wenn es im Winter Stein und Bein froh, — die paar Winterhilfe-Kohlen waren bald verbraucht — sehnte Karbolke sich nach dem Nordpol, wo jetzt die Apfelsinen blühten.

Einmal kam ein entfernter Vetter Karbolkes zu Besuch. Er war Norweger, fuhr auf einem Walfischfänger.

»Gut müßt Ihr's haben«, meinte Karbolke, »fährt da zwischen blühenden Orangen.«

Der Vetter sah ihn unsicher an: »Was glaubst Du denn? Wo wir fahren, ist Schnee und Eis, wächst noch nicht mal Gras!«

»Da siehste, Hannchen«, bemerkte Karbolke zu seiner Frau, »was die Juden im Ausland für Lügen verbreiten.« Mucki.

Nachwuchs-Jammer

Nachdem man mit dem Arierparagrafen viele starke Begabungen verjagt hat, leiden Film und Theater im Dritten Reich unter entsetzlicher Blutarmut. Die besten Regisseure sind im Ausland. »Nachwuchs here«, schreit das Propagandaministerium. Film- und Theaterleiter beugen sich dem Druck, um nicht in Verschuß zu geraten — und schon schließt die Rechnung mit einem gewaltigen Defizit. Der »Völkische Beobachter« muß gestehen:

»Was tun? Die Reklame mußte die Brücke bauen. Es wurden jungen Darstellern Vorschußlorbeeren gespendet, ganz gleich, ob sie jemals auch nur Küchleinorbeer ernten würden. Es wurden Namen propagiert, damit der Theaterbesitzer nicht sagen konnte, der oder die Schauspielerin wäre unbekannt. Wir haben derartige Starschnuppen in größerer Zahl in den letzten Jahren über die Leinwand huschen sehen und nun sind sie keine Stars mehr, sondern nur noch schnappe.

Ueber diese Taktik sind gute Schauspieler und Schauspielerinnen unmöglich geworden, die auf Grund ihres Niveaus als Künstler Anspruch auf Beschäftigung hatten.«

Noch deutlicher schreibt sich ein Redakteur Wysbar im Namen vieler den gerechten Groll der D. A. Z. vom Leibe:

»Ihr sagt immer, daß Nachwuchs an jungen Autoren und Regisseuren fehle! Richtig, das findet die Industrie auch. Aber sie stellt diese bedauerliche Tatsache erst fest, nachdem eine Fülle von Versuchen sowohl mit Autoren als auch Regis-

seuren fehlgeschlagen sind und außerordentlich viel Geld verexperimentiert worden ist. Es sind Kapitalien auf Nachwuchsdarsteller riskiert worden, die uns vor wenigen Jahren noch märchenhaft angemutet hätten. Es liegt nicht an unserer Industrie, wann eine Anzahl dieser neuen Namen zu rasch wieder ins Nichts zurückgesunken sind...«

Viele von euch, Nachwuchslinge, haben die Chance erhalten, recht wenige haben sie zu nutzen verstanden. Sie haben billige Autogrammbetteln mit der Popularität des wahren Künstlers verwechselt und sind ihrer Selbstüberschätzung zum Opfer gefallen, bevor noch die Kopien ihres ersten Films abgespielt waren...«

Ich könnte noch andere Männer nennen, denen das Nachwuchs-Problem Herzenssache war und die sich heute vergrämt ob der vielen Enttäuschungen von allen kostspieligen und zeitraubenden Versuchen zurückgezogen haben.«

Auch starker Nachwuchs gedeiht nur in der freien Luft freier Konkurrenz, bei der nicht die Gesinnung, sondern das Können entscheidet. Mamefuckentum vernichtet Talente. Das weiß Redakteur Wysbar auch, — aber sagen darf er es nicht!

Braunes Kunstproletariat

Eine Konzertsängerin, begabt, doch völlig unprominent, und erbittert über die Hartleibigkeit der zensurritternden Konzertagenturen; will nicht glauben, daß man in ihrem Beruf im Dritten Reich nur als Kanone oder Gelächter existieren kann. Sie läuft fromm zur Partei, der sie angehört. Dort ist man auch »grundsätzlich bereit« ihr »Gelegenheit zu geben«. »Beziehungen anzuknüpfen«. Sie weiß nicht recht, was sie sich darunter vorstellen soll, und erfährt noch, Hono-

Kriegserfahrungen im Frieden

Als sich am 13. Juni dieses Jahres das gewaltige Explosionsunglück in den Sprengstoffwerken bei Reinsdorf mit rund einem Hundert Toten und mindestens einem halben Tausend Verletzten ereignete, war sich die ganze Welt einmütig der freilich nur hinter den eigenen Hauswänden geäußerten wahren Stimmung der deutschen Bevölkerung darüber einig, daß man die furchtbare Katastrophe hinsichtlich Ursache und Art lediglich als ein Vorspiel zu dem schauerlichen Schauspiel aufzufassen habe, dem das Hitlersystem in der Form eines neuen europäischen Krieges in Geist und materieller Zerstörung zuströbt. Die Sprache, welche die Gewaltigen des Dritten Reiches — Hitler, Göring und Göbbels — dann hinterher bei der Bestattung der proletarischen Opfer des Ereignisses für gut genug befanden, wies nach genau der gleichen Richtung. Da waren es wieder Volksgenossen, die »auf dem Felde der Ehre« geblieben waren, da war den Opfern und ihren Hinterbliebenen der schon mittlerweile berüchtigt gewordene »Dank des Vaterlandes« wieder »gewiß«, da war einmal wieder »nicht umsonst« gestorben worden...! Alles schon fatal einmal dagewesen!

Dennoch konnte man damals — einen Tag nach dem Unglück — noch nicht voraussehen, daß schon nach kaum einem Vierteljahr der berühmte »Fachmann« — und das ist bei solchen Katastrophen eben der Arzt — sich melden und wirklich und in vollendeter Nüchternheit des Spezialisten auf die eminent kriegsmäßige Bedeutung der Reinsdorfer Menschenkatakombe hinweisen würde! Der Chefarzt eines kleinen Krankenhauses bei Reinsdorf, des Paul-Gerhardstiftes in Wittenberg, Dr. Paul Bosse, hat jetzt eine Art Denkschrift über seine Berufserfahrungen unmittelbar nach der Katastrophe verfaßt. Und das eben nun ist das andere so viel problematischere Ende vom sonst sicherlich löblichen Tun des unbeschwerteten Fachmannes des Dritten Reiches, daß diese Denkschrift unter der alles bezeichnenden Doppelüberschrift »Kriegserfahrungen im Frieden — Die Lehren (!) des Reinsdorfer Sprengstoffunglückes« in der deutschen ärztlichen Fachpublizistik zur Stunde erscheinen darf. Die »Lehren« von Reinsdorf — das ist belletrisch nicht etwa ein Bekenntnis zu jenem wahren aller Bibelsprüche, daß der, der das Schwert zieht, auch durch das Schwert umkommt; das ist nicht eine Betrachtung über das Vaterland, wie es aussehen wird, wenn die Reinsdorfer Produktion ihrem eigentlichen Zweck einmal in naher Zeit wird zugeführt werden. Nein, die »Lehren« sind: ob ein Lebertransplantatverband wirklich seine Zwecke erfüllt oder ob man besser bei leerem als bei vollem Magen operiert. Nicht als ob Herr Dr. Bosse irgend etwas behauptete, was vom medizinischen Standpunkte fragwürdig

wäre; uns stünde auch ein Urteil darüber gar nicht zu. Entscheidend ist, daß auch ihm, dem Arzt, nicht das geringste sittliche Bedenken aufgekommen zu sein scheint, sich auf solche chirurgisch-technischen »Lehren« von Reinsdorf beschränken zu lassen, daß er im Gegenteil sogar mit einer gewissen Genugtuung durchblicken läßt, wie gültig doch die Vorsehung war, daß sie Gelegenheit gab, auch in dieser Beziehung die Kriegsvorbereitungen Deutschlands durchzuprobieren. Das freilich, so behaupten wir, ist nur als Produkt jenes Geisteszustandes der vollendeten Bestialisierung zu begreifen, den das Hitlersystem, Urinstinkte des Allzu-Preußischen weckend, geschaffen hat!

Mit militärischer Farsche umreißt Pg. Dr. Bosse die für ihn gegebene seelische und berufliche Situation, als das Unglück geschah:

»Die Organisation war klar vorgezeichnet: Sofort nach der Explosion stellte ich das gesamte Krankenhaus kriegsmäßig um. Ich ließ das vorbereitete Verbandsmaterial auf den drei Operationsäulen und in meinem Sprechzimmer verteilen, verschloß alle Narkosemittel und gab den Befehl heraus: Wir sind Hauptverbandsplatz! Es darf nur verbunden werden — nicht operiert! Es werden nur Notverbände angelegt und Blutungen gestillt. Absichtlich gab ich nur wenige Instrumente heraus, um vorerst das Operieren zu verhindern.«

Es ist hier nicht die Frage, ob der Mediziner, der sich hier als fähiger Feldchirurg und Oberstabsarzt einer nahen Zukunft, der Karriere machen will, ein wenig dickaufgetragen in empfehlende Erinnerung bringt, vom technischen Standpunkt aus absolut richtig gehandelt hat. Aber es entsteht doch wohl die andere Frage, was derjenige gefühlt haben mag, der etwa mit einer abgerissenen Hand und einem durch Säure zerfressenen Rücken zur Kenntnis nahm, daß vorerst aus kriegsmäßigen Erwägungen, weder narkotisiert noch operiert werden durfte. Herrn Dr. Bosse quält diese Frage gar nicht! A la guerre comme a la guerre! Nur freilich: Ist es wirklich schon so weit im Dritten Reich?

Der Laie erfährt auch mit einigem Unbehagen sicherlich — und auch hier wird die von pazifistischen Gedankengängen sogar nicht angegränzte Oberstabsarzt-Seele des Herrn Bosse als gegen etwas absolut Unsachliches remonstrieren — was man sich alles aussuchen kann, wenn so ein Unglück im Frieden — Vorspiel kommender Kriegsherrlichkeiten — den befällt, der nicht gerade zum Oberstabsarzt prädestiniert ist. Herr Dr. Bosse berichtet schlicht und sachlich:

»Da gab mir auf einmal das Reinsdorfer Sprengstoffunglück eine große Anzahl schwer infizierter komplizierter Beinbrüche mit Eröffnung von Fuß-, Knie- und Hüftgelenken, weit klaffender Muskel- und Sehnenverletzungen, zahlreicher infizierter Haut-, vor allem Gesichts- und Schädelverletzungen, darunter Totalkalpelierungen und Verbrennungen schlimmster Art zu behandeln. Ich mußte innerhalb weniger Stun-

den 300 Schwer- und Leichtverletzte unter kriegsmäßigen Umständen versorgen, im vollen Bewußtsein, daß vom ersten Verband meist das Schicksal der Verwundeten abhängt.«

Pg. Dr. Bosse schildert nun spaltenlang und mit allen Details des in seinem Beruf förmlich aufgehenden Spezialisten, welche seiner Erfahrungen, sei es mit dem Lebertransplantatverband, sei es mit Charpie und Mull, unter diesen »kriegsmäßigen Umständen« erprobt, sich später seiner Ansicht nach im Ernstfall bewähren wird. Sicherlich ist das interessant für die gleichgesinnten und gleichgestimmten Kollegen des Pg. Bosse. Der Laie findet es interessanter, daß hier zum ersten Mal authentische und ausnahmsweise nicht von der Zensur entstellte Ziffern über den Umfang der grausigen Begebenheit gegeben werden: über 300 Verletzte in der Behandlung allein dieses einen Arztes! Dabei gibt er selbst zu, daß das nur ein Bruchteil der Gesamtzahl gewesen ist, weil die meisten Verletzten damals instinkthaft unmittelbar nach der Explosion versucht hätten, dem Explosionsherd zu entfliehen, in ihre Dörfer gelaufen wären oder sich dorthin hätten tragen lassen und erste Hilfe bei den ihnen vertrauten Ortsärzten, nicht in seinem Krankenhaus, gesucht hätten. Die wirkliche Zahl der Toten gibt aber auch Pg. Bosse nicht an. Man kennt sie bis heute noch nicht! Entweder weiß er sie selbst nicht oder die Gestapo hat vor Abfassung dieser Denkschrift mit ihm deutlich geredet.

Ein schauerliches Bild der Kriegssanität der Zukunft entrollt sich, ungewollt zwar, zwischen den Zeilen dieser Fachmannarbeit. Da heißt es zum Beispiel:

»Die Schwierigkeiten für den Kriegschirurgen liegen neben anderem darin, daß er Narkosen aussetzen muß an Verletzten, die sich teils im Zustand höchster Erregung, teils im schweren Chok befinden, und die weder geistig noch organisch eine weitere Belastung ertragen. Dazu kommt, daß die Narkosen mit ungrübtem Personal ausgeführt werden müssen, daß keine Zeit zum langsamen Einschleifen und weder Zeit noch Personal zur Beobachtung des Erwachens vorhanden ist und daß Verletzte oft mit vollem Magen operiert werden müssen.«

Also besser: Gar keine Narkose! Dem entspricht, was Pg. Bosse ja auch zuerst angeordnet hat.

Das aber zum Schluß der Bosseschen Denkschrift scheint der Zensur, der es nachweislich so sehr auf die Meinung der »Judenpresse« des Auslandes über Deutschland ankommt und gerade darum gern Verstecken spielt, wenn irgendwo etwas die total militante und kriegsprüfungsbereite seelische Verfassung des Dritten Reiches erhellen kann, entgangen zu sein: Das folgende naive Eingeständnis macht nämlich der Verfasser im Bestreben, seine eigenen kriegssanitären Talente nur tüchtig leuchten zu lassen:

»Daß wir nach 24 Stunden nicht nur alle Verletzte endgültig versorgt und ope-

riert hatten, sondern auch statistisch die Verletzten nach allen Richtungen hin kar-teilmäßig erfaßt hatten, war nur möglich, daß wir durch die Erfahrungen bei den früher erlebten Katastrophen, Explosions-unglücken auf eine derartige Katastrophe vollkommen vorbereitet (!!!) waren. Wir hatten ständig in unserem Bestand etwa 2000 Malblinden, Gipsblinden, große Mengen von Salben vor-rätig usw. usw.«

Das also ist der deutsche typische Kriegs-rüstungsbetrieb, daß er schon damit rechnet, in die Luft zu gehen, auch wenn noch gar keine feindlichen Bombenflieger das Ent-sprechende veranlassen!

F. E. Roth.

Das nordische Paradeferd

Der Großvater ein Jude — der Vater ein Rassechänder.

Sven Hedin hielt in Berlin einen Vortrag, ließ sich vom Führer empfangen und sagte Wohlgelächtes über die Winterhilfe. Darauf gerieten die deutschen Blätter in Weißglut, lobten den Schweden spaltenlang, veröffentlichten Bilder und faksimilierte Briefe, schmeichelten, jubelten, gurrten. Kein Wunder: gerade die skandinavischen Völker, die doch das neudeutsche Mittelalter — laut Rassestheorie — am ehesten begreifen und schätzen sollten, zeigen ihre Abneigung gegen alles Braune so unverhüllt, daß jeder weiße Spatz wie ein Wunder begrüßt wird.

Die nationalsozialistischen Zeitungen dürfen sich beruhigen: Sven Hedin hat bisher noch jedem deutschen Regime seine Referenz erwiesen — dem wilhelminischen genau so wie dem republikanischen, dem repu-blikanischen genau so wie dem hitleristischen — und seine Bücher sind dafür von keinem Kurswechsel betroffen worden, Deutschland war und blieb sein bester Abnehmer. Wer auch immer in Zukunft an die Macht kommen mag — er darf der Verehrung des wendigen Schweden gewiß sein.

Gegenwärtig also schwingt Sven Hedin über Streicherdeutschland das Wehrauchfaß. Und doch würde sein Großvater in diesem Staate nicht einmal zum Straßenfegen zuge-lassen werden, und doch kämen seine Eltern — lebten und liebten sie dort — als Rasse-schänder ins Zuchthaus, und doch fände er selbst, wäre er kein alter Schwede, sondern ein junger Deutscher, alle Wege zur Wissen-schaft, alle Wege zu Ehre und Ruhm ver-sperrt. Denn Sven Hedin ist Nichtarier, seine Mutter stammte von dem deutschen Juden Abraham Brody ab, der im vorigen Jahrhundert in Schweden einwanderte. Daß die nationalsozialistischen Harlekiner, denen es an nordischen Paradeferden fehlt, ausge-rechnet auf Sven Hedin herumreiten, ist ein schlechter Witz.

SA und Militär. Bei einem Appell auf einem Kasernhof in München stellt ein Offizier fest daß ein Soldat seinen Mantel fa-sch gerollt habe. Der Offizier fragt: »Wo haben Sie denn das gelernt?« Soldat: »Ich war SA-Mann.« Offizier: »Ein Hanswurst sind Sie. Da hat mans wieder. Da glauben sie, weil sie ein wenig im braunen Hemd umhermarschieren sind, sie können uns was lernen. Darauf was sie dort gelernt haben, brauchen sie sich nichts einzubilden.«

rar käme zwar nicht in Frage, da die Abendveranstaltung der NS-Frauen natürlich eine ehrenamtliche Angelegenheit sei. Die Partei ist so arm, daß sie der Unterstützung durch die Aermsten bedürftig ist. Die Sängerin soll aber »ausnahmsweise«, da sie Pgn. ist, zu solcher Unterstützung zugelassen, ja sogar als Gast eingeladen werden. Die Gastfreundschaft sieht dann so aus: Die Sängerin singt gratis, Da-für hat sie zu bezahlen, nämlich an die Gast-geber: 30 Pfennig Kaffee, 30 Pfennig Kuchen, 25 Pfennig für ein Lichtchen beim Kuchen, was sie alles niemals bestellt hatte und welche Beiträge einzeln von drei verschiedenen ehrenamtlichen NS-Frauen courtoisisch ab-gesammelt werden, sodaß der Kaffee kalt wird. Ferner 20 Pfennig Garderobe und 50 Pfennig Fahrgeld. Die Sängerin hat also für 1,55 RM und gute Worte gesungen, einmal und nie wieder; und wenn sie keine Beziehun-gen angeknüpft hat, so lebt sie wohl heute nicht mehr und wir garantieren prinzipiell für nichts. Der Fall kommt öfter vor.

Artvergessener Dichter

Poussierte mit Judenmädchen.

In den Jugendertinnerungen eines deut-schen Schriftstellers lesen wir über die Juden-gemeinde seiner Vaterstadt:

»Indessen blieben sie (die Juden) doch das auserwählte Volk Gottes und gingen, wie es nun mochte gekommen sein, zum Andenken der ältesten Zeiten umher. Außerdem waren sie ja auch Menschen, tätig, gefällig, und selbst dem Eigensinn, womit sie an ihren Gebriuchen hingen, konnte man seine Ach-tung nicht versagen. Ueberdies waren die Mädchen hübsch und moch-

ten sie wohl leiden, wenn ein Christen-knabe, ihnen am Sabbat auf dem Fischer-felde begegnend, sich freundlich und aufmerksam bewies.

Dem »Christenknaben« wäre heute seine freundliche Aufmerksamkeit verdammt schlecht bekommen. Sein Glück, daß damals die Nürnberger Gesetzgebung noch nicht existierte, Gefängnis oder Zuchthaus hätten ihm für seinen Umgang mit Judenmädchen gewinkt.

Uebrigens handelt es sich um Johann Wolfgang Goethe, die zitierte Stelle kann nachgelesen werden im vierten Buch von »Dichtung und Wahrheit.«

Der Dichter und die Zeit

Wassermanns Nachlaß.

Jakob Wassermann gehörte zu jenen Dich-tern, die es scheuten, hörbar in die sozialen Kämpfe einzugreifen. Ueber den Zinnen der Partei zu stehen, das hieß auch für ihn, poli-tische Bekenntnisse zu vermeiden. Im Que-rido-Verlag erscheint jetzt sein literarischer Nachlaß. »Tagebuch aus dem Win-kele«, heißt der Band. Subtile Kleinkunst lebt darin, Profile von Menschen, die seinen Weg kreuzten, meisterhaft die Alten, an denen die Zeit vorüber braust. Darzwischen stehen persönliche Bekenntnisse, die den Dichter und die »innere Leidenschaft« zeigen, in der er heimlich ist, eine urdeutsche Landschaft, nordischer als alles, was sich im Dritten Reich als Blubo deklariert und den Juden Wassermann noch im Sarge zu begehren suchte.

In einem dieser Kapitel wendet er sich zur Jugend und ihrer Not und entblößt die Schwächen dieser technisierten, rationalisier-

ten Gegenwart. »Habt Mut zu euren Träu-men,« ruft er den Jungen zu, denn der Traum ist die mächtige Kraft, die in allem Großen gewirkt hat. »Es will mir scheinen, als ob eine neue Romantik heraufdämmerte, keine bläßliche, verschwindende und rückwärtsge-wandte wie die der Großväter, die ja bloß wieder das matte Nachwehen eines echten Ver-innerlichungsprozesses war, sondern eine Renaissance des Herzens, eine Neugeburt der lebensgestaltenden Phantasie...« Auf diese Renaissance der Herzen zielt Wassermanns gesamtes Schaffen und die meisten seiner Menschen zehren an Träumen. Jedoch damit hat es auch sein Bewenden; der Dichter fordert zwar die Mitarbeit des Geistes und der Vernunft und ist gegen alle rückwärts ge-wandte Träumerei, aber einer Gestaltung der vorwärtsweisenden weicht er aus und läßt damit seine Helden und seine Leser allein.

Kann sich unsere Zeit mit solchem AUS-weichen begnügen? Ist der Jugend mit sol-chen Ratschlägen viel gedient? Durch meh-rere Stücke dieses Nachlasses zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen des in Zurück-gezogenheit Schaffenden, dieses Absetzlebens zu verteidigen. Doch dessen bedarf es nicht. Jeder Dichtertypus ist an seine eigenen Schaf-fensbedingungen gebunden und kann ohne Schaden nicht darüber hinweg. Ob Werke tiefer wirken, in denen das sogenannte All-gemeinmenschliche geformt wird, oder ob jene dichterischen Gestaltungen, die darüber hinaus zu den großen sozialen Fragen der Zeit ja oder nein sagen — das hängt von den jeweiligen Zeitumständen ab. In Perioden mit normaler Ordnung und normalen Lebens-möglichkeiten mag das rein Menschliche viele

stärker interessieren als das politische ge-färbte Stück Leben, in chaotischen Zeiten jedoch wie den gegenwärtigen, in denen der Menschheit große Gegenstände bedroht sind und gewaltige Umwälzungen mit barbari-schen Rückfällen zu kämpfen haben, kann sich der Dichter nicht ins bloße »Reich der Seele« zurückziehen, sofern er gehört werden und nicht sterben will, ehe er gestorben ist.

Damit soll kein Urteil über Wassermanns Schaffen gefällt, sondern nur etwas gesagt sein zu der stetig wiederkehrenden Frage, die in diesen Blättern ein am Rande seines Le-bens stehender großer Schriftsteller seheu streift und die grob formuliert etwa lautet: Muß der Dichter auf die sozialen Fragen antworten? Nein, er muß nicht, aber seine Bedeutung für Zeitläufe wie die unseren hängt mit davon ab, wie weit seine Visionen mehr enthalten als ästhetische Werte oder psychologische Offenbarungen. B. Br.

Braunes Neuhochdeutsch

In der »Neuen Rundschau« verkündet ein brauner Dichter, was er sich unter Sprach-pflege vorstellt:

»Ich will, daß hinausgezogen werden aus den hohen Zusammenhängen die Wir-rale und die Schwermut der Entgöttlichung; ich will, daß zusammenknicken sollen die weitgespannten Brückenbögen, die feinge-gitterten Himmelstürme aus dem unedlen Eisen der körperlosen Begrifflichkeit vor den flimmernden Bruchkanten und der archaischen Undurchdringlichkeit des edlen reinen Materials: Wort.«

Mit dieser nordisch klaren, knappen und präzisen Ausdrucksweise kann sich nicht mal der Führer messen.

Führungsmacht aus Eigentum

Führer des Betriebs und Unternehmer

Im Dritten Reich ist der privatkapitalistische Unternehmer zum Führer des Betriebes und der Gefolgschaft bestimmt worden. Diese völlige Versklavung der Arbeiter und ihre restlose Auslieferung an die Unternehmerwillkür wird »sozialistisch« benannt, indem nach dem Arbeitsgesetz gegen unbotmäßige Unternehmer staatliche Zwangsmaßnahmen getroffen werden können. Nach den Gesetzen des »Deutschen Sozialismus« kann das Ehrengericht einem Unternehmer wegen unsozialer Haltung, Preistreiberei oder anderen Verstößen die Eigenschaft als »Führer des Betriebes« entziehen und an seiner Stelle einen anderen Betriebsführer einsetzen. Wäre es dem Regime ernst mit der Absetzung unsozialer Unternehmer, so müßte die Absetzung als Betriebsführer mit der Enteignung verbunden sein. In Wirklichkeit geht der staatliche Schutz des privatkapitalistischen Eigentums über alles und der abgesetzte Betriebsführer behält tatsächlich die volle Verfügungsgewalt, so daß die Einsetzung eines Ersatz-Betriebsführers, abgesehen vom dogmatischen, keinen praktischen Wert hat. Nach dem § 3, III AOG, kann an Stelle des Unternehmers »ein anderer Führer des Betriebes (FdB)« eingesetzt werden, aber das Gesetz sagt kein Wort, wer den anderen FdB beruft, wessen Aufgabe der Abschluß und die Lösung von Arbeitsverträgen ist, wer im Einzelfall zur Erteilung von Anweisungen an die Gefolgschaftsmitglieder zuständig ist. Da auch die Rechtsprechung bisher nicht gewagt hat, das Verhältnis zwischen dem Unternehmer (U) und dem FdB festzustellen, ist nun unter den gleichgeschalteten Arbeitsrechtlern eine juristische Spiegelfechterelei entstanden, die das Täuschungsmanöver der sozialen Ehrengerichte blitzartig beleuchtet.

In der Zeitschrift »Deutsches Arbeitsrecht« wird festgestellt, daß der Unternehmer privatrechtlich Eigentümer des Betriebes ist, während der FdB nicht privatrechtlich, sondern öffentlich-rechtlich als Träger der Betriebsautonomie tätig wird. Er kann die Betriebsordnung erlassen und andere Betriebsfragen entscheiden, die dem Verhältnis der Ueber- und Unterordnung entsprechen. Die Erfüllung privatrechtlicher Pflichten und die Wahrnehmung privatrechtlicher Rechte aber verbleibt dem U, denn »die Wirtschaftsordnung ist nicht geändert worden... die Rechtsstellung des U und die Unternehmerfunktion sind unberührt gelassen, sie sind weder erweitert noch geschwächt. Der Grundsatz des freien Privateigentums ist erhalten.«

»Die Frage, ob ein Betrieb still zu legen ist — eine eminent sozialpolitische Frage — obliegt dem U.«

Im »Deutschen Arbeitsrecht« wird weiter ausdrücklich erklärt, daß dem U nicht nur der Abschluß von Lieferungsverträgen, sondern auch der von Arbeitsverträgen als allein zuständig verbleibt. »Der andere FdB hat lediglich die Befugnis, in der Betriebsordnung auf die Gestaltung der Arbeitsverträge einzuwirken, den Arbeitsvertrag aber schließt der abgesetzte Unternehmer ab. Die Geschäftsfähigkeit, so wird ausgeführt, ist ein privatrechtliches Institut. Die Entziehung der »öffentlichen rechtlichen Befugnisse« aber hat mit der Geschäftsfähigkeit des U nichts zu tun. Dieses Nebeneinander von Privatrecht und öffentlichem Recht erweist sich im anerkannten privatkapitalistischen Betrieb als eine Farce, der U dominiert.

Der eingesetzte FdB hat auch kein Recht zur Kündigung von Arbeitern oder Angestellten, wenn ihm der U nicht ausdrücklich eine entsprechende Vollmacht erteilt. Eine ganze oder teilweise Stilllegung des Betriebes ist wiederum Frage des Privatrechts, obwohl es sich um eine sozialpolitische Maßnahme handelt, die angeblich dem FdB zustehen müßte. Die Absetzung eines U sollte verhindern, daß er weiter mit dem Gefolgsmann verhandeln kann, d. h. daß ihm das Direktionsrecht entzogen ist. »Das Deutsche Arbeitsrecht« belehrt uns:

»Wie soll der U praktisch Lieferungsverträge schließen, überhaupt den ganzen wirtschaftlichen Teil der Leitung des Unternehmens durchführen können, wenn er nicht seinen Angestellten Briefe diktieren und Anweisungen sonstiger Art geben könnte?«

Das Direktionsrecht ist Ausfluß der privatrechtlichen Rechte des U, also bleiben die Verteilung der Arbeitsplätze, alle Einzelanweisungen über auszuführende Arbeiten Sache des abgesetzten U. Die Rechtsgelehrten der Akademie für Deutsches Recht nennen es unbefriedigend, daß auf diese Weise ein U, der wegen unsittlicher Handlungen gegenüber weiblichen Gefolgschaftsmitgliedern abgesetzt

worden ist, auch weiter das Direktionsrecht gegen sein weibliches Personal behält. Hier zeigt sich der ganze Schwindel der Ehrengerichte.

Selbst die Frage der Berufung eines »anderen FdB« für den abgesetzten Betriebsführer, wird dahin beantwortet, daß der letztere zur Berufung befugt sein muß. Der Treuhänder hat lediglich die Aufgabe, die Ausführung des Urteils des Ehrengerichts zu überwachen, d. h. er kontrolliert, daß der abgesetzte U einen anderen FdB einsetzt. Auch das Recht, den eingesetzten »anderen FdB« wieder abzuberufen, wird dem U seitens der maßgebenden Rechtsgelehrten im Dritten Reich nicht strittig gemacht.

Man müßte annehmen, daß ein vom Ehrengericht der Betriebsführung für verlustig erklärter Unternehmer, eines jener asozialen Elemente, von denen die Wirtschaft gereinigt werden muß, in keinem Fall das Recht haben dürfte, den an seiner Stelle eingesetzten Betriebsführer von sich aus abberufen zu können. Weit gefehlt — im Deutschen Arbeitsrecht wird erklärt:

»Warum der U nicht das Recht haben soll, die von ihm einem anderen eingeräumte Rechtsstellung als FdB wieder aufzuheben, ist nicht ersichtlich. Die FdB-Stellung haftet normalerweise an der Person des U, sie ist zwar öffentlich-rechtlich geartet, haftet aber an der privatrechtlichen Verfügungsmacht. (Eigentum usw.) Darf der U im Ausnahmefall des § 3 AOG die FdB-Stellung nicht selbst inne haben, so folgt doch aus dieser grundsätzlichen Verbindung, daß der U als Eigentümer das FdB-Amt einem anderen überträgt. Wer der andere FdB ist, ist solange ohne rechtliches Interesse, als nicht in seiner Person ein Grund zur Entsetzung vorliegt. Daher muß der U auch berechtigt sein, den anderen FdB abzuberufen.«

Die Haftung, die dem bestellten FdB aus einer Verletzung seiner Pflichten erwächst, kann natürlich nicht dem U, sondern nur dem Staat gegenüber gelten, da er eine öffentlich-rechtliche Funktion ausübt. Aber auch hier macht man eine Einschränkung, es heißt:

Neue Erwerbsquellen im Dritten Reich

Erpressung aus Judenverkehr.

Da wir nicht zu den Meckerern gehören, wollen wir gern anerkennen, daß Hitler auch für eine Anzahl Menschen neue Erwerbsmöglichkeiten geschaffen hat. So hat sich z. B. nach einer zuverlässigen Berechnung das Einkommen aus »scharfrichterlicher Tätigkeit« gegenüber den vierzehn Schmachjahren vierzigfach.

Neuerdings haben sich einer Anzahl weiblicher Persönlichkeiten ganz ungeahnte Erwerbsquellen eröffnet, und zwar solchen, die aus geschlechtlicher Hingabe einen Haupt- oder Nebenerwerb machen. Man sieht sie seit einigen Wochen fieberhaft bestrebt, eine bestimmte Kundschaft zu erlangen, nämlich die von Juden. Damit ist man lebenslanglich versorgt.

Nach der wohlgedachten, hochkultivierten Gesetzgebung von Nürnberg ist nämlich der außereheliche Geschlechtsverkehr — und zwar jeder ohne Ausnahme — zwischen Arien und Juden strafbar. Aber nur beim Manne! Daraus eröffnet sich allen Halbweltfrauen eine verblüffende Chance. Ist es einer von ihnen gelungen, einen Juden für einen bezahlten Umgang anzulocken, so hat er sich strafbar gemacht, sie dagegen nicht!

Damit ist die denkbar solideste Geschäftsgrundlage für Erpressungen gegeben. Bei den früher üblichsten Erpressungen auf geschlechtlicher Basis, den homosexuellen, mußte der Erpresser bei einer Anzeige wenigstens sich selber der gleichen strafbaren Handlung bezichtigen wie das Opfer. Dieses letzte Hindernis fällt hier weg. Nur das Opfer ist strafbar, die Erpresserin von vornherein straffrei.

O weiser, höchst gerechter Gesetzgeber!

Nachruf auf den Vierer

Ein Größenwahnsinniger Fremdkörper — Man traute ihm nicht.

Als das Dritte Reich ausbrach, gab es in Deutschland eine Kupfermünze, die den neuen Herren zum ständigen Aergernis gereichte: die Vierpfennig-Münze. Sie war so überlebensgroß, daß die Witzlesen über den »größten Vierer (des Führer) von Deutschland« nicht abrissen, bis die um ihre Würde besorgten Diktatoren das Geldstück kurz entschlossen

»Die Verletzung von Führerpflichten kann gleichzeitig eine Schadenszufügung durch gleichzeitige Verletzung auch privatrechtlicher Dienstpflichten (Vertragsverletzung) oder unerlaubte Handlung nach § 826 BGB sein, dann entstehen auch Schadensersatzansprüche hieraus.«

Nun kann der abgesetzte Unternehmer an den eingesetzten neuen Betriebsführer sogar noch Schadensansprüche stellen, wenn er ihn der schuldhaften Schadenszufügung bezichtigt. Diese ganze Komödie, wie sie die Mitglieder der Akademie für Deutsches Recht als juristische Auseinandersetzung aufführen, beweist, mehr als alles Gemecker der »Staatsfeinde«, daß die ganze soziale Ehrengerichtsbarkheit ein einziger Arbeiterbetrug ist. Da berichten die Naziblätter unter der Ueberschrift »Sozialismus der Tat« von der Ahndung unsozialer Akte durch Entziehung der Führereigenschaft der schlimmsten Unternehmer. Gleichzeitig verkünden die Rechtsfanatiker des Naziregimes, daß die privatrechtlichen Rechte, die das Eigentum dem Unternehmer verleiht, unverändert weiter bestehen. Als es sich um den Raub der Arbeiterrechte handelte, da waren die bestehenden Gesetze kraft revolutionären Rechts aufgehoben. Als die Vermögen der Gewerkschaften gestohlen wurden, kannte Adolf Hitler kein Eigentumsrecht. Wenn aber ein Unternehmer in der Ausbeutung seiner Belegschaft derart weit geht, daß ihm selbst das Nazi-Ehrengericht die Fähigkeit zur Betriebsführung aberkennen muß, dann müssen die braunen Juristen das sonst täglich verdammte römische Recht ausgraben und die liberalistischen Eigentumsbegriffe zur Geltung bringen, um den Besitz des kapitalistischen Unternehmers zu retten. Das soziale Gericht, das angeblich die »Ehre der Arbeit« schützen soll, schützt den Geldsack. Es ist faschistischer Sozialismus der Tat, daß dem arbeitenden Menschen kein, dem privatkapitalistischen Eigentum alles Recht verbleibt.

sen aus dem Verkehr zogen. Eigentlich hätte es bis zum 30. September 1935 Gültigkeit behalten sollen, aber es war schon seit 2½ Jahren vergessen, und kein Mensch hätte von dem denkwürdigen Datum Notiz genommen, wenn... ja, wenn die »Deutsche Allgemeine Zeitung« dem »größten Vierer« nicht einen Nachruf gewidmet hätte, der seither im Dritten Reich von unter der Hand zu unter der Hand geht und mit verständnisvollem Grinsen quittiert wird. Wir geben das Dokument im Wortlaut wieder:

»Vielleicht wird er (der Vierer) nach seinem Tode mehr Freunde haben als zu seinen Lebzeiten, als er vergeblich die Sympathie der Bevölkerung zu gewinnen suchte. In den Augenblick, wo der Vierer, der im öffentlichen Leben schon seit geraumer Zeit keine Rolle mehr spielte, unwiderruflich verschwindet, dürfte es angebracht sein, sich über die Frage Rechenschaft abzulegen, warum der »falsche Sechser« (so würde die Münze von der Berliner Bevölkerung genannt) in der Geschäftswelt immer wieder auf Ablehnung stieß und sich auch den kleinen Mann auf der Straße nicht zum Freunde machen konnte. Der Grund liegt einfach darin: Man traute dem Vierer nicht. Er war ein Fremdkörper in der Welt, der uns leibgewordenen Münzen. Wozu dieses ungewöhnliche Maß? Konnte er sich nicht den Verhältnissen anpassen und durch sein Äußeres zu erkennen geben, wie groß sein innerer Wert oder seine Kaufkraft ist? Das Format entsprach nicht der Bedeutung; was wunder, daß der kleine Mann, der ihn in den Händen hielt, den Größenwahn belächelte und mit dem Vierer nichts zu tun haben wollte.

Der »falsche Sechser«, der allmählich an die Stelle des richtigen Sechzers rücken sollte, vermochte keinen Händler dazu zu bewegen, dem Vierer zuliebe den Sechser zu entthronen.«

Damit ist in Wahrheit das Wesentliche gesagt, und künftige Nachrufer des größten Vierers werden an der kleinen, aber muster-gültigen Vorlage ihre Freude haben.

Gottes Segen bei — Hitler

Ein bekanntes Glücksspiel führt den schönen Namen »Gottes Segen bei Cohn.« Da es eines arischen Mannes nicht würdig erscheint, sein Geld in einem Spiel rassenschänderischen Namens zu verlieren, da andererseits unausrottbare Spielleidenschaft nach Tacitus eine Haupteigenschaft schon der alten Germanen war, so schlagen wir für das Spiel den Namen vor: »Gottes Segen bei Hitler.« — Und zwar mit folgender, wohlüberlegter Begründung:

Vor noch gar nicht langer Zeit zogen die Nazi-Häuptlinge, Göbbels an ihrer Spitze, in den katholischen Gegenden Deutschlands

umber und brühten sich: »Wir Nazi sind die auserwählten Lieblinge Gottes. Das Zentrum hat sich zwar stets der besten Beziehungen zum Himmel gerührt. Aber, Ihr seht es doch selber: Der Regierung Brüning hat der himmlische Segen gefehlt. Dagegen ruht auf dem Werke Adolf Hitlers der sichtbare Segen Gottes.« Es war das der Rückfall in die Primitivität der alten Zeiten, wo die jeweiligen Sieger frohlockten: »Unsere Götter sind die Stärkeren!«. Bis es umgekehrt kam...

Auch jetzt kommt es umgekehrt. Unlängst konnte man am Lautsprecher Joseph Göbbels entrüstete Stimme die Butterknappheit entschuldigend hören mit dem Ruf:

»Sind wir denn der Herrgott, der die Sonne scheinen läßt? Regieren wir etwa über den Himmel, der die Ernte macht?«

Siehe da! Gottes Segen bei Hitler hat nicht lange vorgehalten. Die Herrschaften, die sich der besonderen göttlichen Gunst rühmten, haben einfach Hazard gespielt und haben, wie das so geht, verloren! Deswegen scheint es uns angebracht, das Spiel von »Gottes Segen bei Cohn« in »Gottes Segen bei Hitler« umzutauften. Der deutsche Gefolgsmann, der künftig dabei hereinfällt, hat dann den Trost, daß es ihm ergangen ist wie seinem Führer mit »Gottes sichtbarem Segen.«

Kleines Andenken

Als ein Zimmervermieter in Braunlage (Harz) in diesen Tagen zum ersten Mal heizen wollte, flog der Ofen mit donnerartigem Krachen in die Luft. Die Zimmereinrichtung wurde stark beschädigt, der Mann selbst trug eine Beinverletzung davon. »Man vermutete«, so meldet die Zeitung, »daß Kurgäste, die in dem Hause Aufenthalt nahmen, im letzten Sommer irgendwelche explosiven Stoffe in den Ofen warfen.« — Da es sich um ein judenreines Bad handelt, kann die Schuld diesmal keinem schwarzen Untermenschen aufgebürdet werden. Vielmehr zeigt es sich aufs neue, daß man in Deutschland mit Pulver spielt, wie anderwärts mit Tennisbällen und daß auf diese Weise jeder Trottel seine Mitmenschen in Lebensgefahr bringen darf.

Zuzugssperre in Luxemburg

Das Großherzogtum Luxemburg hat seit Anfang Oktober eine Zuzugssperre für Ausländer verhängt. Im Laufe dieses Jahres sind aus dem Saargebiet hunderte wohlhabender Juden nach Luxemburg gezogen, wo ganze Straßenzüge neuer Häuser für diese Zuwanderung gebaut worden sind. Seitdem in Nürnberg die verschärften Judengesetze proklamiert wurden, hat der Zustrom von Aufnahme suchenden Juden aus dem Reich einen solchen Umfang angenommen, daß die Behörden schon aus Personal-mangel die Anfragen nicht mehr bewältigen können. Infolgedessen wird einstweilen weiterer Zuzug nicht gestattet. Die wachsende Furcht vor Ueberfremdung wird wahrscheinlich zu einer strengeren Handhabung der Fremdengesetzgebung führen. Es ist zu bedenken, daß jetzt schon nahezu 10 v. H. der 300.000 Einwohner des Großherzogtums Reichsdeutsche sind.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortliche Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.215), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.905. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.